

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-
sprecher 4902. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Sinter-
haus). Fernsprecher 4902. Erscheinungstag: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstelle: Breslau. — Ver-
lag: Schließende Verlagsgesellschaft m. B., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50, Fernsprecher 4902.

erschient täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis:
Wöchentlich 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatlich 1,25 RM. + 50 Pf.
Botenlohn = 2,15 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen
monatlich 2,15 RM., unter Streifenband 3 RM., Wagnerspreis: Die
gebundene Wochenschrift oder deren Raum 12 Pf., Wochenschrift u. Be-
sammlungsangelegen 8 Pf. Wagnerspreis: Die gebundene Wochenschrift
oder deren Raum im Teil 70 Pf. — Annahmestellen in der
Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Vor der Generalsdiktatur Schleicher

Nach Leipzig und Breitscheid bei Schleicher / Die Sozialdemokratie für Ministerposten in Preußen zur
Unterstützung der Schleicher-Diktatur bereit / SPD.-Arbeiter, laßt euch nicht mehr länger betrügen!

Kampf jeder Regierung des kapitalistischen Regimes Aus dem Inhalt:

Kommunistischer Wahlerfolg in Belgien
Bewaffnete Bauernaufstände in Indien
10 hungrige Menschen wollen essen
Brutaler Lohnraubangriff auf die Hunger-
löhne der Breslauer Metallarbeiter

Der Kampf um die politische Macht

Aus der Rede des Genossen Thälmann, gehalten auf
der Reichsparteikonferenz Oktober 1932.

Nach komme nun zu einer Hauptfrage im Zusammenhang mit
den Ergebnissen des 12. Plenums, zur Frage des Kampfes um die
politische Macht und der Rolle der kommunistischen Partei. Genossen,
ich habe versucht, bei der ganzen Erörterung über das 12. Plenum
alle verschiedenartigen Probleme des Klassenkampfes stets in Ver-
bindung mit dem sich gegenwärtig vollziehenden Übergang zu einer
neuen Reihe von Revolutionen und Kriegen zu bringen. Das ist
erst recht notwendig bei der Frage, wie wir das Problem der prole-
tarischen Macht behandeln müssen.

Wir haben gesehen, daß wir in Deutschland noch keine revolu-
tionäre Krise haben, sondern eine außerordentliche Verschärfung
des Heroverlebens ihrer Voraussetzungen. Wir können das gegen-
wärtige Stadium in Deutschland als die Vorberichtsperiode der
proletarischen Macht bezeichnen. Mit anderen Worten: heute handelt
es sich für uns darum, immer breitere Massen des Proletariats für
den Kampf um die politische Macht zusammenzuschließen und durch
die Fortwärtigen der politischen und wirtschaftlichen Taakämpfe
vom Teilbreit bis zu den höchsten Streikformen an die Positionen
des Kampfes um die Macht heranzuführen. Und darüber hinaus
ist es, aus den überaus wertvollen Schichten teils Verbündete für
den Machtkampf der Arbeiterklasse zu gewinnen — ich denke hier an
die armen Bauern und ländlichen Halbproletarier, an die unteren
Massen der Knochen und die ärmsten Schichten der Handwerker
und Kleinrentnerbetreibenden —, teils — wie die Mittelbauern und
sonstigen Schichten — möglichst weitgehend zu neutralisieren.

Nun ist es klar, daß in dem Maße, wie diese Aufgaben immer
heranrücken für uns werden, auch die Methode, wie wir die Frage des
Endzieles in unserer Agitation und Propaganda stellen, gleichfalls
einen anderen Charakter annehmen muß. Es ist selbstverständlich,
daß die Frage der proletarischen Staatsmacht von den Kommunisten
in der Periode der Stabilisierung des Kapitalismus anders behandelt
werden mußte als gegenwärtig. Gerade hier in Deutschland trifft
das zu. Wir haben den überwachenden Massencharakter der Sozialdemo-
kratie, einen historischen Niedergang, der sich seit einer Reihe von
Jahren vollzieht; haben nach dem raschen Rückgang der nat.-sozialisti-
schen Diktaturbewegung, die mit ihrer Propaganda für das „Dritte
Reich“ größte Hoffnungen vor allem bei den Mittelschichten erweckt
hat, auch in diesem Lager Stagnation und besinnenden Rückgang.

Die Sozialdemokratie, auf die die Massen in den Jahren nach
1918 ihre Hoffnungen setzten, hat breite Millionenmassen enttäuscht.
heute steht auch die erste Enttäuschung breiter Massen über die nicht
eingelösteten Versprechungen des Nationalsozialismus ein.

Was ergibt sich daraus? Eine Lage, in der für die Kommu-
nistische Partei die größten Möglichkeiten, aber auch die größten Auf-
gaben heranrücken, diese von der SPD. und von Hitler enttäuschten
Massen aufzufangen, zu sammeln und in die revolutionäre Klassen-
armee einzugliedern.

Darum tritt die Propaganda für die Eroberung der politischen
Macht in ein ganz neues Stadium. SPD. und Nazis schwächen vom
„Sozialismus“. Wir müssen die Massen für den Kampf um die
Macht erziehen. Und dazu gehört neben den ausschlaggebenden
Methoden unserer Massenpolitik auch die stärkere und konkretere
Popularisierung der Herrschaft des Proletariats. So ist es kein Zufall,
daß das 12. Plenum mit aller Schärfe als zentrale Hauptaufgabe für
die SPD. in diesem Sinne die Lösung der Arbeiter- und Bauern-
republik festgestellt hat!

Ermittlungen verhindert

Berlin, 29. November. (Wg. Drahtbericht.) Der „Sozialangeiger“
meldet: Montagnachmittag sollten im Hause Behnweg Nr. 3 wieder
mehrere Familien ermittelt werden. Es hatten sich zahlreiche
Kommunisten angehäuft, die die Vollstreckungsbeamten bedrohten.
Die Ermittlungen mußten, obwohl ein hartes Aufgebot von Schutz-
polizei eingesetzt worden war, unterbrochen werden.

In den Hafengebäuden am Scharfsee bei Spandau ist am 29. No-
vember die Arbeit in den Hafengebäuden...

Berlin, 29. November. (Wg. Drahtbericht.) General von
Schleicher wehrt jetzt auf die Herstellung einer Tolerierungsabstimmung hin.
Seine mit den Parteiführern von der SPD. bis zu den Nazis zu
führenden Verhandlungen, die heute mit der Unterbrechung Schleicher
und Straßer ihr Ende finden werden, dienen diesem Ziel.

Schleicher will sich die nationalsozialistische Zustimmung erkaufen
durch gewisse Zugeständnisse in Preußen, und zwar ist es die Preis-
gabe der kommissarischen Verwaltung und der Schaffung einer
schwarz-brünen Koalition in Preußen, die dann auch die Regierungs-
bildung in Preußen zu übernehmen hätte. Das hieße also Ablösung
der kommissarischen Diktatur durch eine Nazi-Zentrums-Koalition in
Preußen, um auf diese Weise die Nazis in die Regierungsbasis
einzubringen.

Die gesamte demokratische Presse, vor allem die „Vossische
Zeitung“, kriecht vor Schleicher auf dem Knie und macht Stimmung
für das Schleicher-Kabinett. Die elendeste Rolle spielt die Sozial-
demokratie. Während sie auf der einen Seite schreit: „Wir bleiben
in Opposition“, spricht sie auf der anderen Seite davon, daß
Schleicher die besseren Chancen habe, Papen habe abgewirtschaftet!
Die Rolle, die den Sozialdemokraten in der Unterbrechung Schleicher,
Breitscheid, Eggens zugewiesen wurde, ist sehr klar zu erkennen. Die
SPD. hat den Auftrag, die Tolerierung eines Schleicher-Kabinetts
der Arbeitererschaft schmuckhaft zu machen. Die SPD. hat weiter den
Auftrag, die Arbeiter einzuschüchtern und abzulenkten von der
ungeheuren Gefahr, die der deutschen Arbeiterklasse droht durch eine
Regierung unter Führung des Reichswehrgenerals Schleicher, darum
das Geschwätz des „Vorwärts“, daß Schleicher bessere Chancen habe.
Das ist der Sinn der Unterbrechung zwischen Schleicher und den SPD.
und Gewerkschaftsführern. Schleicher sieht die aufsteigenden Klassen-
kämpfe in Deutschland. Die SPD. soll im Auftrage der Bourgeoisie
ein neues elendes Vertrauensmanöver durchführen, um die Arbeitererschaft
von der weiteren Entfaltung der kämpfenden Einheitsfront ab-
zuhalten und Schleicher in den Augen der Arbeitererschaft als
„Heinrichs Lieber“ hinzustellen.

Die deutsche Arbeiterklasse muß auf der Hut sein.
Western mittags fand eine Unterbrechung zwischen Leipzig und
Schleicher und kurz danach eine zweite Unterbrechung zwischen Breit-
scheid und Schleicher statt. Gesprochen wurde über die Unterstützung
der SPD. bzw. des DGB. für die Schleicher-Diktatur. Wie die
Breitscheid und Schleicher sich dazu stellen, geht eindeutig sogar aus
dem „Vorwärts“ (von gestern abend) hervor. Das Zentralorgan der
SPD. schreibt:

„Papen bedeutet Krieg, Krieg der Reichsregierung gegen das
deutsche Volk... Wo redet man von einer Regierung des Waffens-
stillstands und nennt als ihren Chef Herrn von Schleicher... Für
die Sozialdemokratie steht die Frage des „Waffenstillstands“ ganz
einfach... Die politische und soziale Reaktion hat in ihrem
Klassenkampf von oben wichtige Positionen gewonnen. Sie hat das
mit Methoden getan, deren rechtliche Unzulässigkeit besteht. Wir
sind den Machthabern von heute ernst mit ihrer Absicht, einen
Waffenstillstand mit der Arbeiterklasse und ihrer politischen Ver-
tretung herbeizuführen. So möchte sie zunächst jene Positionen
räumen, um das begangene Unrecht wieder gutzumachen. Wollen
sie das nicht tun, so ist jeder Gedanke an eine auch nur vorüber-
gehende Einstellung des Kampfes widersinnig.“
Hier erklärt der „Vorwärts“ klipp und klar, daß die SPD.

bereit ist, den „Waffenstillstand“ mit dem Faschismus zu schließen,
daß sie bereit ist, eine Schleicher-Diktatur zu unterstützen, wenn sie
dafür einige Ministerposten oder auch nur höhere Beamtenposten in
Preußen erhält. Die SPD. wird nicht Ministerposten erhalten, aber
nicht desto weniger nach wie vor mehr oder weniger oppositionell ver-
hält ihre Politik der Kapitulation und der Wegbereitung des Fa-
schismus fortsetzen.

Die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ von gestern ver-
sucht gleichfalls, die sozialdemokratischen Arbeiter für die Tolerie-
rung eines Schleicher-Kabinetts zu gewinnen. Unter der Überschrift
„Nie wieder Papen“ schreibt dieses Blatt unter anderem folgendes:
„Sie spielen mit dem Feuer! Papen wieder Reichszwangler, das
wäre ein Faustschlag gegen das Volk, eine Proklamation des Parla-
ments, Papen darf nicht wiederkommen, wenn die Situation nicht
unheilvoll verschärft werden soll. Es darf nicht wieder geschehen,
daß dem Volk die Diktatur einer deutschnationalen Partei-Regie-
rung unter der Maske einer überparteilichen Regierung auferlegt
wird.“

Obwohl General Schleicher ab Ende voriger Woche bereits Ver-
handlungen über die Bildung eines neuen Reichskabinetts unter
seiner Führung führt, versucht die „Volkswacht“ mit ihrem Geschrei
„Nie wieder Papen“ die große Gefahr, die der Arbeiterklasse durch
die Generalsdiktatur Schleichers droht, zu verschleiern. Auch ein
Kabinett Schleicher wäre ein Faustschlag gegen das Volk.

Die Schleicher-Regierung soll die Diktatur Bovenus verschärfen
fortsetzen, und sie soll sich zur Überwindung des Massenwiderstandes
stärker, direkter auf die bürgerlichen Parteien („nationale Konzen-
tration“), besonders auf die mit Massenanhängern stützen.

Die Schleicher-Diktatur hat die Aufgabe, die neue Lohnabbau-
Offensive, die die Nordwest-Industriestrieke jetzt eingeleitet haben, durch-
zuführen. Sie soll den weiteren Sozialabbau sichern, sie soll mit
sozialen Kosten und durch rückwärtssteigende Unterdrückungsmaßnahmen
die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen im Hause halten und die
revolutionäre Arbeiterbewegung härter noch als bisher verfolgen.
Sie soll die Massen vom Klassenkampf auf den Imperialismus ab-
lenken und die Part.-Politik von Lausanne kombiniert mit der Politik
der bekannten Schleicherschen Rüstungsbeschränkung in erweitertem Um-
fang fortführen.

Ob es zu einer Diktaturregierung Schleicher kommt oder ob an-
gestrichelt der revolutionären Massenbewegung und dann auf Grund
der Differenzen im bürgerlichen Lager Schleicher abgelehnt und dann
eine Diktaturregierung mit einem anderen Kaiser gebildet wird, —
die Arbeitermassen kämpfen gegen jede Regierung des kapitalistischen
Regimes mit größter Entschiedenheit!

Es gilt, in Schlesien und Oberschlesien den Aufmarsch in den Be-
trieben, Streikstellen und Gewerkschaften zu verstärken. Sozial-
demokratische Arbeiter, Arbeiter der NSDAP., ihr werdet von den
Breitscheid-Partei, von den Hitler-Strasser betrogen und an die
Bourgeoisie ausgeliefert. Reißt euch ein in die proletarische Einheits-
frontaktion, zum Kampf für Brot, Arbeit, Freiheit, Sozialismus.

**Fort mit jeder Regierung des kapitalistischen Regimes! Für
die Arbeiter- und Bauernrepublik!**

Neue Streiks gegen Lohnabbau

Seit dem 24. November stehen die Walzendreher der Kombacher
Hütte (Saargebiet) im Streik. Sie kämpfen gegen den Lohnabbau.
In Saarbrücken ist am 25. November die 150 Köpfe starke
Belegschaft der Bekleidungsfirma Richard und Artur Lebl in den
Streik getreten. Die streikenden Frauen und Mädchen kämpfen gegen
einen unerträglichen Lohnabbau.

Proteststreik bei Deutz-Motoren

Am 26. November, gegen 8 Uhr vormittags, haben die Arbeiter
beider Drehereien in dem großen Werk Deutz-Motoren bei Köln die
Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter protestierten damit gegen die
schändlich niedrigen Löhne, die in der Dreherei nur noch 17—22 Mark
wöchentlich betragen. Nach circa einer halben Stunde nahmen die
Arbeiter die Arbeit wieder auf; der SPD.-Betriebsrat Müller hatte
es verstanden, sie mit dem Versprechen auf Verhandlungen hin-
zuhalten. Am Abend dieses Tages sollte eine Betriebsversammlung
von Deutz-Motoren stattfinden. Die Polizei war mit einem Heberfall-
wagen vor dem Versammlungsort aufgefahren. Beamte der I A
waren dabei. Die Polizei erklärte, daß die Versammlung verboten
ist, und verhinderte, daß auch nur ein einziges Belegschaftsmitglied
den Saal betrat. Die Polizei behauptete, ohne dafür auch nur die

Spur eines Beweises zu erbringen, daß die Betriebsversammlung,
die zu dem Zwecke einberufen war, gegen den 14 prozentigen Lohn-
abbau Stellung zu nehmen, eine öffentliche politische Versammlung sei.

Die kurze Arbeitsniederlegung in diesem Großbetrieb ist ein
Sturmzeichen. Wenn die Belegschaft unter Führung der SPD. die
Einheitsfront schließt, wird es gelingen, die Forderungen der Arbeiter
durchzusetzen.

Aus Reutlingen (Württemberg) wird uns berichtet, daß dort am
24. November die Notstandsarbeiter gleichfalls in den Streik getreten
sind. Die Führung des Kampfes liegt in den Händen der von den
Arbeitern gewählten Kampfleitung und der SPD.

Die Pflichtarbeiter in Steinhallesleben (Hüringen) haben die
Arbeit niedergelegt unter folgenden Forderungen: 1. Arbeit nur
zum Tariflohn; 2. für jeden Pflichtarbeiter ein Paar Arbeitsschuhe,
Arbeitshojen und warmes Winterzeug; 3. für alle Erwerbslosen,
Kriegs-, Sozial- und Kleinrentner eine Winterhilfe in Höhe von
10 Mark für jeden Hauptunterstützungsempfänger und für jedes
weitere Familienmitglied 2,50 Mark und für Ledige 10 Mark bis
zum 15. Dezember zu gewähren.

Im Arbeitsdienstlager von Weltstetten (Bayern) sind die Arbeits-
dienstler in den Streik getreten, um den Abbau der Löhne anfangs
gewährten Bezüge abzuwehren.

Zehn hungrige Menschen wollen täglich essen . . .

Für zehnköpfige Arbeiterfamilie 2,30 Mark tägliche Unterstützung — Weil der Lohn im Straßenbau niedriger, wird die Unterstützung gekürzt!

(Arbeiterkorrespondenz)

Seitenort. Der „Wohlfahrtsrat“ der Parone, um dessen Leistung wieder einmal der widerliche Kuhhandel im Gange ist, geht in letzter Zeit dazu über, in den kleinen Landgemeinden die letzten Reste von „Wohlfahrt“ über Bord zu werfen. „Notverordnung zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens“ nennt man diese „gottgewollte“ Regelung der Dinge.

Verzichten wir uns einmal diese „Regelung!“ Der Wohlfahrtsrat erwehltete Emil Jätel bezog bis Mitte Oktober für seine zehnköpfige Familie eine Wochenunterstützung in Höhe von 2,15 Mk., oder pro Kopf und Tag 31 Pfg. (1) Nach dreiwöchentlicher Beschäftigung beim örtlichen Straßenbau mit einem Wochenverdienst von 18,45 Mk. bei 10-tägiger Arbeitszeit (1) wurde der Arbeiter Jätel wieder entlassen, und erhielt nun die „Wohlfahrt“ auf den Betrag von 18,50 Mk. gekürzt. (1) Schon Jätels vorheriger Hinweis, eine Arbeit, bei welcher er noch unter dem Hungerrechtstag der „Wohlfahrt“ entlohnt wird, nicht annehmen zu können, wurde vom SPD-Gemeindevorsteher Hartwig mit der Bemerkung „Sie erhalten Zuschlag zur Unterstützung“ abgetan. Diese Unterstützung ist vom Bezirks-Aufsichtsrat rückwirkend abgelehnt worden.

Die Kürzung der „Wohlfahrt“ auf 18,50 Mk. wurde mit dem Hinweis bearbeitet:

„Bei der Straßenarbeit ist ja auch nicht mehr verdient worden.“ Eine derart rigorose, die Verhältnisse des Antragstellers nicht berücksichtigende Behandlung, muß schon eine unangehörige Erwörung auslösen. Aber es kommt noch schlimmer. Der Arbeiter Jätel, welcher bei Hungerunterstützung und Hungerlohn mit der Rente um den Betrag von 6,27 Mk. im Monat blieb, erhielt am 16. November von der Stadt Waldenburg (Grundstücksbesitzerin) die Aufforderung,

„innerhalb 10 Tagen einen größeren (1) Betrag zu zahlen, da wir uns sonst gezwungen sehen, nach Ablauf dieser Frist beim hiesigen Amtsgericht bestimmte Zahlungsbefehle zu beantragen.“

Konnte Jätel dies, ohne seine Familie dem Verhungern preiszugeben? Nein!

Rum ging die Gemeindeverwaltung dazu über, von den 18,50 Mk. auf 16,15 Mk. einzubehalten, und weichte ihn am 25. November erstmalig mit 16,15 Mk. ab. Hier beging dann Jätel unter

dem Einfluß tiefer materieller und seelischer Depression eine Affekt-handlung, die zu seiner Verhaftung führte, und ihm ein Verfahren anhängt. Er verurteilte den auszahlenden Beamten Scharf zu verurteilen und beging geringfügige Sachbeschädigung. Jeder objektive Zeuge des Vorganges weiß, daß der Umfang seiner Tat in seinem Verhältnis steht zu der Unästhetik, welcher er monate- ja jahrelang ausgesetzt gewesen ist. Er vermag von der Verzweiflungsthat selbst keine Schilderung zu geben. Er erklärt mir:

„Ich dachte nur daran, für 10 Köpfe verbleiben noch 16,15 Mk. pro Woche.“

Schauen wir nun diesen Arbeiter-Vandale an. 2,30 Mk. stehen dieser 10köpfigen Familie noch täglich (1) zur Verfügung. Diese zehn Personen verbrauchen am Tage zwei Rote (300 Gramm pro Kopf) je 15 Pfg. Es verbleiben dann noch 1,10 Mark täglich zur „Beschaffung“ anderer im Haushalt notwendiger Lebensmittel und Bedarfsgegenstände für zehn Menschen. Zehn hungrige Mäuler „wollen“ ein warmes Mittagessen! Für drei Kinder im Alter bis zu drei Jahren „soll“ etwas Milch sein! Alles für 1,10 Mk.! Für 1,10 Mk. täglich „muß“ für Kleidung und Heizung übrig bleiben! Ein Ausblick, wert, vorgenommen zu werden. Die Familie sitzt bei einträufelnder Dunkelheit im dunklen Zimmer! (Das Licht ist längst gelöscht.) Hier ist im wahren Sinne des Wortes „Not — verordnet“ worden. Hier gibt es weder Kleidung (im buchstäblichen Sinne), noch Winterklosetts, noch Kohle! — Aber —

„Hier wird der Mensch langsam gequält, hier ist die Folterkammer“ („Die Weber“ von G. Hauptmann).

Man muß diesen Eindruck gewinnen, wenn man in diese „Wohnung“ geht. Das Waldenburger Tageblatt und der „Kurier“ schreiben davon nichts. Die sozialdemokratische „Bergwacht“ weiß nur über die Verzweiflungsthat zu berichten. Das zeigt, daß diese alle keine Ahnung von dem wirklichen Elend der Erwerbslosen haben. Dieses Elend aber, das in dem geschilderten Falle nicht allein darsteht, muß eine Mahnung an alle Werktätigen sein, in der Einheitsaktion zu kämpfen gegen Hunger und Frost, für die Erhaltung der Lebenserziehung der Arbeiter und ihrer Familien! Hier wird sich nie und nimmer ermöglichen „die Aufrechterhaltung des inneren Friedens“. Wir werden uns demnächst noch in Form einer Bildervortage und anderen Berichten mit den Zuständen in Seitenort beschäftigen.

Wütende Hebe der Verbandsbürokratie des Zentralverbandes der Steinseher gegen die RGD.

Die „Volksmacht“ brachte einen Artikel über die angeblich „schändliche Haltung“ der RGD. In dem Streik der Steinseher gegen Lohnraub. Von einem Streik der Steinseher hatte man bisher in der „Volksmacht“ noch nichts gelesen. Aber plötzlich, weil es hier darum geht, die RGD. in den Dreck zu ziehen, hat man dafür Platz in diesem sogenannten Arbeiterblatt. Die „V.M.“ bringt bezeichnenderweise denselben Artikel unter „Eingekandt“ ohne jeden Kommentar. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie würde gut tun, wenn sie in der „Volksmacht“ der Arbeiterische bekanntgeben würde, warum der Zentralverband der Steinseher im Frühjahr dieses Jahres den Lohnraub kampflos hingenommen hatte. Damals bei Beginn der Saison, wo viele wichtige Kaufstellen vorhanden waren, hat der Zentralverband nichts getan, um die Kollegen für die Auslösung des Kampfes zu mobilisieren. Er hatte ohne Beiraten der Mitgliedschaft die neuen Lohnverträge hingenommen.

Der jetzige Streik der Steinseherkollegen brach ohne Zutun der Bürokratie des Zentralverbandes aus. Die Kollegen der RGD. legten, obwohl ihnen der alte Lohn weitergezahlt wurde, aus Solidarität geschlossen die Arbeit nieder. Die RGD-Kollegen gingen in das Gewerkschaftshaus, um gemeinsam mit allen Kollegen des Zentralverbandes über die Fortsetzung des Kampfes zu beraten. Was tat die Bürokratie? Sie ließ die RGD-Kollegen aus dieser Versammlung herauswerfen, obwohl diese Kollegen mit im Kampfe standen. Die Streikversammlung am Mittwoch, dem 16. November, im Gewerkschaftshaus hat wiederum unter Beweis gestellt, daß die Bürokratie nicht so sehr fürchtet wie die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Die Kollegen des Zentralverbandes wissen genau, daß ihre Kollegen von der RGD. mit ihnen gemeinsam jeden Pfennig Lohnabbau abzuwehren bereit waren. Man wirft nun der RGD. vor, daß sie nicht in der Lage sei, Streikunterstützung zu zahlen. Wir stellen dazu fest, daß die RGD. kein Unterstüßungsverein, sondern eine Kampfbewegung ist, die auf die Solidarität aller Werktätigen baut. Die von der RGD. geführten Kämpfe haben bewiesen, daß alle wertvollen Schichten, auch die Mittelständler und Kleinbauern, praktische Solidarität für die Streikenden gefibt hatten. Die Streik- siege sind nicht zuletzt auf die aktive Unterstützung durch die Solidarität der Werktätigen zurückzuführen.

Auf die Angriffe der „Volksmacht“ bzw. des Zentralverbandes stellen wir fest, daß auf sämtlichen Barstellen, wo Mitglieder der RGD. arbeiten, der alte Lohn gezahlt wird. Allein diese Tatsache beweist, daß von einem Streikbruch der Kollegen keine Rede sein kann. Wir fragen nun, wo sich die wirklichen Saboteure des Streiks der Steinseher? Der Dreck ist kaum trocken, mit dem die „Volksmacht“ diesen Artikel brachte, und schon ist der Kampf vom Zentralverband als beendet erklärt worden. Mit den Maßnahmen des Steinseherverbandes hat man demütigt die Breslauer Steinseher geipalten und verhindert dadurch einen erfolgreichen Kampf.

Das Vertrauen zur RGD. unter den Steinsehern wird in immer größerer Anzahl während des letzten Streiks zwischen 12 Neuaufnahmen, daß die Kollegen die Lumperei der „Volksmacht“ richtig einschätzen.

Kollegen! Mit solchen demagogischen Angriffen will man die RGD. in Mißkredit bringen. Aber die Arbeiter dürfen das nicht zulassen, sondern müssen sich seiter denn je um die RGD. scharen. Denn nur die RGD. führt einen ehrlichen Kampf gegen das Unternehmer- tum. Deshalb kämpft mit der RGD. gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Neue Schreckensurteile gegen Antifaschisten

Kein Tag vergeht in Deutschland, ohne daß nicht die Schreckensurteile von einem neuen Urteil gegen antifaschistische Arbeiter bekannt würde.

In Dortmund wurden acht Arbeiter bis zu fünf Jahren Zuchthaus (insgesamt 22 Jahren) verurteilt. In Trier wurde ein neues Schreckensurteil vom Landgericht am 24. November gegen sechs Arbeiter gefällt, und zwar zu 12 1/2 Jahren Zuchthaus insgesamt.

Das Essener Sondergericht verurteilte sechs Arbeiter zu ins- gesamt 13 1/2 Jahren Zuchthaus.

Eugenbergs Ill. meldet, daß die Zuchthäuser und Gefängnisse des Rheinlandes so überfüllt seien, daß kein Platz mehr für die täglich eingelieferten antifaschistischen Arbeiter ist. Allein im Zuchthaus Wittlich stieg die Zahl der Gefangenen in den letzten Wochen von 170 auf 700!

Millionenfach muß der Ruf aller wertvollen Schichten in Betrieb, auf den Stempelstellen, in den Gewerkschaften, in Stadt und Land gesteigert werden:

Heraus mit unseren proletarischen politischen Gefangenen!

Kettet den Antifaschisten Bartl vor dem Tode

Breslau, 28. November. Die Funktionäre der RGD. aller Städte von Breslau haben in ihrer Sitzung zu dem Todesurteil gegen den Antifaschisten Bartl Stellung genommen, protestieren gegen dasselbe und geloben, alle Kräfte aus außerparlamentarischen Kampf gegen Sondergerichte und Terrorurteile einzusetzen. Sie fordern die sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Wieder kommunistischer „Schwarz“fender

Berlin, 29. November. (Fig. Drahtber.) Die Berliner Nacht- ausgabe vom 28. November meldet: Ein kommunistischer Schwarz- fender, der seit einiger Zeit hörbar ist und welcher kommunistische Propaganda treibt, wurde in den heutigen Mittagstunden in verschiedenen Berliner Stadtteilen, insbesondere in Tempelhof, von zahlreichen Rundfunknehmern erneut gehört. Er steht auf den Wellen 460 und 553 ungefahr in der Höhe des deutsch-schweizerischen Landesfender- Netz-Münster und verbreitete zwischen 1.30 und 2.15 Uhr eine wütende Propaganda gegen die Regierung und auch gegen die Nazis.

Genosse Ludwig Renn verhaftet

Berlin, 29. November. (Fig. Drahtber.) Gegen den Genossen Ludwig Renn, der vor einigen Tagen bei der Polizeiaktion in der Marxistischen Arbeiterschule festgenommen worden war, ist Haftbefehl erlassen worden, und zwar wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat, den der Genosse Renn durch angebliche Verbreitung von Un- sturzplänen und Aufzeichnungen begangen haben soll.

Neuer Lohnabbau für Bauarbeiter

Offen, 29. November. (Fig. Drahtbericht.) Im Bauarbeits-Rhein- land-Bezirk fanden Schlichtungsverhandlungen statt. Es soll ein neuer Lohnraub an den Bauarbeitern von 10 Pfennig pro Stunde durchgeführt werden.

Helft den politischen, proletarischen Gefangenen

Ein 64-jähriger Arbeiter sammelte in zwei Tagen 9 Mark für die politischen proletarischen Gefangenen. Ein leuchtendes Beispiel für jeden revolutionären Arbeiter.

Brutaler Lohnraubangriff auf die Hungerlöhne der Breslauer Metallarbeiter

Breslau, 29. November. Die sozialdemokratische „Volksmacht“ und die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichten in ihrer heutigen Nummer eine Zuschrift zu dem Lohnraub in der Breslauer Metallindustrie. Diese Zuschrift kammt unserer Meinung nach von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und dient nicht zur Organisierung des Kampfes gegen jeden Pfennig Lohnraub.

In der Zuschrift heißt es: Ein Teil der Metallindustriellen ver- sucht gegenwärtig auf Anweisung des Verbandes schlechter Metall- arbeiter eine Kürzung der Löhne und Abfordere neben anderen Verschlechterungen durchzuführen, die alles bisher Dagewesene in den Schanden stellt. Die Höhe dieser Kürzung der Verdienste der Arbeiter muß man als unästhetisch bezeichnen, und die Art, wie man sie durch- zuführen gedenkt, grenzt an räuberische Erpressung.

Die Gewerkschaftsführer des D.M.V. verweigern in ihrem Artikel, daß sie es wagen, die einen neuen Lohnraub mit den Unternehmern frei vereinbart haben und dadurch den Ausbeutern die Möglichkeit geben, in aller Brutalität gegen die Metallarbeiterkassen vorzugehen zu können. Die Entziehung ist geseuchert! Die Kollegen dürfen auf keinen Dreck nicht hereinfallen. Die eigentlichen Schuldigen dieses Lohnraubes sind die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer und auch der D.M.V.-Führer Ziegler, die gegen den Willen der Breslauer Metallarbeiterkassen einen neuen Lohnraub mit den Ausbeutern frei vereinbart haben. Wir erinnern daran, daß die Kol- legen in der Unkräftigkeit, für oder gegen Lohnabbau, mit 82 Pro- zent gegen jede weitere Verschlechterung der Lohnbedingungen ge- stimmt haben.

In dem Artikel spricht man davon, daß die Metallarbeiter gegen die ganz ungeheuerliche Lohnrauberei wie ein Mann zusammen- stehen müßten. Es heißt dann weiter: Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin muß es ablehnen, Abfordere mit gekürzten Arbeitszeiten auszu- führen oder für niedrigen Lohn zu arbeiten. Die Arbeiter und Ar- beiterinnen der Firma Weinede haben zu diesen Dingen bereits Stellung genommen und beschloffen, daß sie sich mit den Entlassenen solidarisch erklären, daß niemand sich eine Kürzung gefallen läßt, und in gesamtter Abstimmung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, eben- falls in den Streik zu treten, wenn die Firma von diesen Verschlech- terungen nicht Abstand nimmt.

Metallarbeiterkollegen! Das ist eine Botschaft, wenn man davon spricht, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen es ablehnen müssen, für niedrigeren Lohn zu arbeiten, ohne praktisch an die Organisierung des Kampfes heranzugehen. Die Belegschaft der Firma Weinede hat ohne Zutun der Gewerkschaftsführer einstimmig den Beschluß gefaßt,

jede Verschlechterung mit dem Streik zu beantworten. Dieser Streik- beschluß darf nicht auf dem Papier stehen bleiben.

Die Belegschaften aller übrigen Breslauer Metallbetriebe dürfen auf das radikale Geschwätz der Bürokratie des D.M.V. nichts geben, sondern müssen die Organisierung und Auslösung des Kampfes in eigene Hände nehmen. Der Führer der kommunistischen Partei, der Genosse Thälmann, hat auf der Reichsparteikonferenz im ver- gangenen Monat bereits unterstrichen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre „linken“ Manöver zum Massenbetrug der arbeitenden Schichten fortsetzen werden, um so besser die Arbeiter, auch die Betriebsarbeiter, den Lohnraubereischen Unternehmern kampf- los anzuliefern zu können. Hier in Breslau haben die Ziegler u. Co. Lohnraub frei vereinbart, und jetzt, wo die Arbeiter dagegen rebellieren, gebärden sie sich radikal, reden vom Kampf, ohne die Organisierung des Kampfes einzuleiten.

Die Breslauer Metallarbeiter müssen sofort in Belegschafts- versammlungen Kampfbundschiffe bilden, in die Kollegen gewählt werden, die das Vertrauen der Belegschaft besitzen, und die sofortige Aufnahme des Kampfes beschließen. Die übrige Arbeiterkassat wird auch solidarisch unterstützen. Die erwerbslosen Kollegen werden sich nicht als Streikbrecher gebrauchen lassen. In roter Einheitsfront wird es auch den Breslauer Metallarbeitern gelingen, die Weiterzahlung der alten Löhne zu erzwingen.

Wieder demonstrieren Arbeiter in Berlin

Berlin, 29. November. (Fig. Drahtbericht.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Gestern Abend kam es im Norden der Stadt an verschiedenen Stellen zu Demonstrationen gegen die Kommunisten; sie durchzogen die Schönhauser Allee und Fehrbelliner Straße. Es kam verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei. Erst nach Einsatz harter Polizeikräfte konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Inzwischen waren die Demonstrationen durch die Trunnen- und Radstraße gezogen.

Genosse Ernst Thälmann ruft:

„Werbt Betriebsarbeiter für die Partei!“

In der Werbearbeit der Partei muß entschlossen der Kurs auf die Betriebsarbeiter genommen werden. Der Anteil der Betriebsarbeiter geht in der Partei in ernstester Weise zurück. Dies ist ein direktes Warnungssignal für uns. Wie können wir die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen, wie wollen wir in der Zeit des drohenden Verbots der Partei unsere Aufgaben meistern, wie können wir die notwendigen politischen Kämpfe, die Streiks gegen Hunger und Faschismus, und wie alle Formen des Massenkampfes organisieren, wenn die entscheidenden Kader unserer Partei nicht in den Betrieben stehen?

Ich verweise hier auf das Beispiel unserer polnischen Bruderpartei, die seit vielen Jahren illegal ist, aber dank ihrer guten Betriebsarbeit fest in den Massen verankert ist und ihren Vormarsch ununterbrochen fortsetzt. Etwa 40 Prozent unserer polnischen Genossen stehen im Betrieb.

Aus der Rede des Genossen Thälmann auf der Parteikonferenz: „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur“

Betriebs-, Straßenzellen, Ortsgruppen, Parteileitungen!

Die Parteikonferenz hat in einem besonderen Beschluß der Gesamtpartei die Aufgabe der Werbung neuer Betriebsarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, die Schaffung neuer Stützpunkte in den Betrieben, die Festigung und den Ausbau der bestehenden Betriebszellen gefaßt.

Habt ihr schon Stellung genommen zur Durchführung dieses Beschlusses? Habt ihr bereits in eurem Arbeitsbereich die notwendigen Maßnahmen getroffen, um den Beschluß schnell und entschlossen zu realisieren?



Breslau, den 20. November 1932.

Die Arbeiterin erkennt ihren Feind

Empört über das Verhalten des katholischen Stadtrats Daumann gegen hungernde Frauen, schreibt uns eine Arbeiterin: Was muß eine erwerbslose Frau tun, um Arbeit zu bekommen? Sie muß zunächst vier Kinder haben, möglichst ein Duzend. Wenn sie dann nach 30jähriger schwerer Arbeit an der Nähmaschine vollkommen zermüdet, 11 Kinder aufgezogen hat, nicht mehr imstande die Doppelarbeit, Hausarbeit und Meldebüchlein zu leisten, wenn sie mit der ständig gefürzten Unterstützung ihre Kinder hungern und frieren sieht, wenn sie in ihrer Verzweiflung dann auf dem Wohlfahrtsamt Brot und Kohlenmarken für ihre Kinder fordert, sich nicht mit leeren Worten abspäßen läßt, sondern in ihrer Mutter Sorge sich bis zum Stadtrat Daumann durchkämpft, diesen Kampf dreimal und viermal wiederholen muß, nur um ein wenig trockenes Brot und ein paar Kohlen zu erhalten:

Dann wird ihr von diesem katholischen Zentrumskandidaten plötzlich „Arbeit“ zugewiesen, mit der höhnischen Bemerkung:

„Wir werden Ihnen Arbeit geben, damit Sie nicht mehr die Frauen ausbeuten können.“

Dann soll diese Mutter, weil sie die Kinder, die sie geboren hat, nicht hungern und frieren sehen kann, Blumenstöcke waschen oder in Schulen die schweren Banks rücken und die hohen Fenster putzen.

Stadtrat Daumann ist katholisch. Er ist Vertreter einer Partei, die in ihrem Organ, der „Schlesischen Volkszeitung“ vom 20. November 1932 folgendes schreibt:

„Die von Moskau aus finanzierte und mit teuflischer Raffiniertheit geleitete, kommunistische Verschwörung, werden nicht davon zurückgehalten, die Welt in ein Meer von Blut zu tauchen und das ganze Menschengeschlecht zu entsetzlichem Elend zu verurteilen.“

Herr Stadtrat Daumann: Wo leben Millionen Menschen heute in entsetzlichem Elend? Wo hungern und frieren heute Millionen Menschen bei überfüllten Speichern und Kohlenhalben?

Die katholische „Schlesische Volkszeitung“ am 12. November 1932 schreibt:

„Die Überfülle an Brotgetreide und an Mais, die in krassem Mißverhältnis zu den Absatzverhältnissen steht, ergibt für den Weltweizenmarkt eine Belastungsprobe, wie sie in ähnlicher Schärfe bisher nicht bestanden hat und aus der es nur einen Ausweg gibt: nämlich (nicht etwa Einführung einer planmäßigen Bedarfswirtschaft, die die Überfülle an Brot den hungernden Menschen zumommen läßt, wie es die Kommunisten fordern!), sondern den einer umfassenden Einschränkung der Produktion.“

Also: Mensch verrecke, damit der Profit lebele! Wo, kath. Herr Stadtrat ist das so? In einem Lande, das von dem Stiefgesch des Christentums regiert wird! Wo eine gottgewollte kapitalistische Gesellschaftsordnung herrscht.

Oh, ihr elenden Heuchler und Pharisäer. Aber, Arbeiterfrauen, es gilt den Kampf zu organisieren für Arbeit, Freiheit und Brot. Da mußst du dich einreihen.

Ambulante Gewerbetreibende fordern Beseitigung der neuen Reichsgewerbeordnung

Am Sonnabend und Sonntag tagten die schlesischen ambulanten Gewerbetreibenden. Auf ihrer Tagung behandelten sie im besonderen die Verhältnisse der neuen Reichsgewerbeordnung. Durch die neue Gewerbeordnung spielt der kapitalistische Staat die einzelnen Gruppen der Kleingewerbetreibenden gegeneinander aus.

Wir haben im Reich eine Viertelmillion ambulante Gewerbetreibende mit rund einviertel Millionen Familienangehörigen, die durch die neuen Maßnahmen nicht mehr in der Lage sind, ihr Leben zu fristen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden zum mindesten die gleichen Gewerbebestimmungen, wie sie das bestehende Gewerbe hat, die Freistellung von 1500 Mark Jahresgewerbesteuer gefordert. Diese Forderung ist voll berechtigt, denn der größte Teil der ambulanten Gewerbetreibenden erreicht nicht einmal im Jahre diesen Gewerbesteuertrag.

Durch die neue Reichsgewerbeordnung soll auch die Erwerbsfähigkeit des ambulanten Gewerbes stark beeinträchtigt werden. Es ist geplant, bei der Ausgabe der Straßenhändler- und Wandergewerbebewilligung den Bedürfnisnachweis einzuführen. Auch hier würde die Existenz vieler genommen werden.

Die Forderung der Wettbewerbsfreiheit, die erhoben wurde, ist vollst. berechtigt. Der Kampf der ambulanten Gewerbetreibenden kann nur dann erfolgreich sein, wenn er Schulter an Schulter mit dem großen Heer der Arbeiter als Käufer auf der parlamentarischen Wege geführt wird.

Organisiert daher sofort Kampfausschüsse gegen die erdrückenden Steuerlasten, gegen Maßgebler, gegen Drohung eurer Existenzmöglichkeiten usw. Das sind die ersten Maßnahmen, die zu ergreifen sind.

Wie Hauspächter die Mieter ausbeuten

Wie der Hausbesitzer Leopold Falk, Weißgerbergasse Nummer 60/61, seine Mieter ausbeuten will, spottet jeder Beschreibung. Er hat in seinem Hause einem jungen Ehepaar mit einem Kind eine Wohnung vermietet mit der Verpflichtung als Hausmeister für die Wohnung, die aus einer Stube im 4. Stock besteht, verlangt der Hauswirt 18,50 Mark Friedensmiete. Der Mieter ließ sich durch eine Gutachterkommission die gesetzliche Miete feststellen. Diese Kommission stellte fest, daß die Miete höchstens 13 Mark Friedensmiete wert ist. Das verweigerte den Herrn Falk in eine laufende But und er kündigte dem Ehepaar.

Das Wohnungsamt wies dem Ehepaar die im selben Haus schon lange leerstehende Wohnung an. Auch für diese Wohnung verlangt der Herr die mucherliche Miete von 42 Mark inklusive Hauszinssteuer, während auch hier festgestellt wurde, daß die Friedensmiete höchstens 26 Mark betragen dürfte. Das Wohnungsamt nahm jedoch den Zustimmungsschein zurück, weil angeblich der Hauswirt den Mieter nicht haben will.

Eine ganz üble Rolle in dieser Angelegenheit spielt der Rechtsanwalt Forber, der Vertreter des Hauswirts. Er hat auf dem Wohnungsamt behauptet, daß einem Hauswirt kein Mieter zugemutet werden kann, der sich mit den Mietern nicht verträgt und der keine Miete zahlt.

Der Mieter hat aber keine Mietschulden und hat auch mit anderen Mietern keinerlei Auseinandersetzungen gehabt.

Mit diesen Verleumdungen will man lediglich Proletarier um ihr Obdach bringen. Der Grund dazu ist einzig und allein in der Tatsache zu suchen, daß sich der Mieter durch den Hauswirt nicht noch mehr ausbeuten lassen wollte, sondern daß er die Miete durch die Kommission feststellen ließ.

Am 30. November soll dieser Mieter ergriffen werden. Es muß in aller Öffentlichkeit erklärt werden, daß diese Ermittlung nur eine Schikane eines Hauspächters darstellt und keinerlei Gründe vor-

Neue Spaltungsmethoden der Bürokratie des Deutschen Freidentenverbandes

Breslau. Aus einer Ortsgruppe wird uns geschrieben:

Wie wir bereits früher berichteten, versucht Leichen-Pietich ganze Ortsgruppen auszuschließen, wenn die Mitglieder des D.F.V. es wagen sollten, als revolutionäre Arbeiter aufzutreten. Während Pietich früher solche Ortsgruppen ohne Zögern ausgeschlossen hat, wagt er das heute nicht mehr. Damit die übrigen Mitglieder nichts merken sollen, versucht Pietich die Ortsgruppen ab zu hängen, indem er sie einfach nicht mehr mit Marken beliefert.

Wie wir erfahren, kommt er aber auch mit dieser Methode nicht weiter, da die oppositionellen Ortsgruppen sich weigern, sich von Pietich abhängen zu lassen. Verwunderlich ist es, daß Pietich alle an ihn gerichteten Briefe unbeantwortet läßt. Eigenartig ist es aber, daß er selbst auf persönliche Angriffe nicht mehr so antwortet wagt. Eine Ortsgruppe des D.F.V. hat bereits im Juli das nachstehende Schreiben an Pietich gerichtet, ohne daß Pietich die in diesem Schreiben erhobenen Beschwerden widerlegt oder abgewehrt hätte. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„An den Geschäftsführer des D.F.V. Herrn Pietich, Breslau.“

Der an den Genossen S. gerichtete Brief vom 30. Juni 1932 ist dem Vorstande vorgelegt worden.

Wir erwidern darauf, daß die Versammlung, in der Genosse Felsen gesprochen hat, nicht vom Vorstand unserer Ortsgruppe veranstaltet worden ist, sondern durch einen Beschluß der Mitgliederversammlung.

Die Mitglieder lehnen es ab, sich die Referenten von der Geschäftsstelle vorschreiben zu lassen. Es muß zugelassen werden, daß die Ortsgruppen für ihre Bildungsarbeit auch Referenten heranziehen, die nicht Mitglieder des D.F.V. sind. Laut Satzung ist eine bestimmte Auswahl von Referenten nicht vorgeschrieben.

Was die Kosten der Versammlung betrifft, besteht nicht die Möglichkeit, sie aus den Mitteln der Ortsgruppe zu decken, wenn der Bezirksvorstand keine Gelder überweist. Ein Fonds für Bildungszwecke pp. ist ja in der Geschäftsstelle vorhanden. Wir sind berechtigt, diesen Fonds in entsprechender Weise auch für unsere Ortsgruppe in Anspruch zu nehmen.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine Schädigung des Verbandsvermögens durch uns nicht erfolgt ist. Wohl aber hat der Geschäftsführer Pietich den Verband schon um eine Summe von 300 Mark geschädigt. Dafür hat sich Pietich vom Bezirksvorstand Vergütung geholt. Jetzt aber regt er sich um einen Betrag von 23 Mark auf. Das grenzt ja schon an Heuchelei.

Es stellt einen Willkürakt sondergleichen dar und zeigt, wie die proletarischen Mieter der brutalen Willkür der Hausbesitzer ausgeliefert werden sollen.

Das, was heute diesem Mieter geschieht, kann morgen auch den anderen Mietern geschehen. Es gilt, den Kampf gegen diese Willkürmaßnahmen der Hausbesitzer zu organisieren, damit nicht zum Hunger die Proleten noch der Obdachlosigkeit und dem Ersticken preisgegeben werden.

Schweres Verkehrsunglück in Breslauer Vorort

1 Toter, 15 Schwerverletzte

Am Montag ereignete sich auf der Wilsnicker Straße in der Nähe des Gasthauses „Zur Hoffnung“ ein schwerer Verkehrsunfall, durch den eine Person getötet und 15 schwer verletzt wurden. Als der um 14.15 Uhr vom „1. Kten Keller“ nach Wilsnig-Herrnprohlich fahrende Omnibus in die Nähe des Gasthauses „Zur Hoffnung“ kam, bog ein auf dem Sommerweg fahrender Radfahrer polizeiwidrig kurz vor dem Omnibus in dessen Fahrbahn nach links ein. Um den Radfahrer — den Tischler Jeschall, Wandauer Straße 58, — nicht zu überfahren, rief der Kraftwagenführer sein Steuer nach links, konnte aber nicht mehr verhindern, daß der Radfahrer von der vorderen Schutzvorrichtung erfaßt und sein Rad in das Steuergerästel gezogen wurde. Dadurch wurde die Lenkung behindert, so daß der Omnibus an den nächsten Baum mit voller Wucht fuhr. Während der am Unterbau des Wagens hängengebliebene Radfahrer nunmehr zur Seite geschleudert wurde und tot liegen blieb, erlitten von den 30 Insassen 15 Schwere und die übrigen durch die umherliegenden Metallstücke leichtere Verletzungen. Die zur Hilfeleistung in mehreren Rügen herbeigeleitete Feuerwehr schaffte die Schwerverletzten ins Krankenhaus. Der Omnibus mußte durch einen Mistwagen der Straßenbahn aus seiner Lage herausgezogen werden und wurde abgeschleppt. Der Verunglückte war verheiratet und hatte zwei Kinder.

Das Land „ohne Demokratie“

„Sie können nicht verlangen, daß ich die hiesigen Verhältnisse bejahe; ich bin doch kein Kommunist, sondern ein überzeugter Demokrat!“ So antwortete mir im Speisesaal des Hotels ein bekannter Wiener bürgerlicher Berichterstatter, mit dem ich zufällig an einem Tisch geriet. Ich hatte ihm vorgehalten, wie verzerrt das Bild sei, das er in seinen Artikeln über die Sowjetunion zeichne, obwohl er, wie er selbst sagt, schon seit mehr als einem Jahrzehnt hier lebt und die russische Sprache vorzüglich beherrsicht.

Er sucht hier seit einem Jahrzehnt die Demokratie und findet sie nicht. Er findet hier keine Demokratie, bei der das Parlament zweimal im Jahre neu gewählt wird, mit einer regierungsfeindlichen Mehrheit, und die Regierung noch weiter regiert. Deshalb kann er die hiesigen Verhältnisse nicht bejahen. Er findet hier keine politischen Parteien, die vor den Wahlen für Kinderpeilung und gegen Panzerkreuzer reden, nach den Wahlen aber für Panzerkreuzerbau gegen Kinderpeilung stimmen. Deshalb muß er das System, „obwohl ihm manches dabei gefällt“, leider ablehnen. Er findet hier keine Partei, deren Führer dem Unternehmer Lohnsenkung, dem Arbeiter Lohn-erhöhung, dem Industriearbeiter Lohnsenkung, dem Arbeiter Sportplatz blutige Unterdrückung des Proletariats, dem Arbeiter im Sportplatz Kampf gegen die „feinen Leute“ versprechen. Deshalb hat er ein unwiderstehliches Heimweh nach seiner „Demokratie“. Er findet hier keine Industriemagnaten, keine Gutbesitzer und Bankiers, die sich in „demokratischer“ Weise durch die Ausplünderung der Werktätigen bereichern. Deshalb fühlt er hier das Leben äußerst eintönig. Er findet

Ferner erinnern wir daran, daß Rektor Gabriel sogar den Betrag von 4000 Mark unterschlagen hat. Er soll ihn zurückgezahlt haben, sitzt aber heute noch im Verbandsamt und versteht dazu noch ein bezahltes Amt. Ein Geschäftsführer und ein Rektor nehmen also im Verbandsamt eine Sonderstellung ein. Die Funktionsenthebung des Genossen J. erkennen wir nicht an. Der Geschäftsführer hat zu solchen Handlungen kein statutarisches Recht. Er ist mit 550 Mark Monatsgehalt ein viel zu hoch bezahlter Funktionär. Er erhält diese horrenden Summe aus den Groschenbeiträgen armer Proleten. Daß er sie in dieser Höhe annimmt, beweist sein robusstes Gewissen.

Wir sind für Verbandsdemokratie und nicht für das Inderegentiment der Bonzen. Die Bonzen leben in D.F.V.-Vereinen einen guten Tag, können essen und saufen wie sie wollen. Sie kommen sogar, wie der Geschäftsführer Pietich, sinnlos betrunken zum Dienst. Und das alles von den Groschen der Proleten, die sich und den Kindern diese Gelder vom Munde absparen müssen.

Die Bonzen brauchen uns keine Moral zu predigen, sie müßten alle aus den Verbänden herausgemworfen werden. Wenn wir ein Sowjetdeutschland haben werden, sollen die Bonzen ihr blaues Wunder erleben.

Dieser Brief muß dem Vorstand vorgelegt werden. Damit der Geschäftsführer diesen Brief nicht unterschlägt, senden wir eine Abschrift an die Genossen Schirbewahn und Tischner.

gez. Unterschrift

Obwohl nun dieses Schreiben an Tischner und Schirbewahn geschickt worden ist, hat weder Pietich noch der Vorstand des D.F.V. irgend etwas gegen die Ortsgruppe unternommen. Aus diesem Verhalten muß man schließen, daß die erhobenen Vorwürfe zu Recht bestehen und daß die SAU-Genossen Schirbewahn und Tischner an den Unterschlagungen nichts auszufehen haben.

Deutsche Freidenten Genossen, sozialdemokratische Arbeiter, setzt euch das Verhalten der Bonzen an und zieht daraus die Konsequenzen. Kämpft mit der Opposition im D.F.V. gegen derartige Zustände und macht Schluss damit. Wählt nur revolutionäre Arbeiter in den Vorstand und jagt den Geschäftsführer davon. Ihr müßt bei euren Ortsgruppen die sofortige Einberufung einer Mitgliederversammlung verlangen, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Müßt zum Kampftongreg aller Freidenten am 6. und 7. Januar 1933 in Regnitz! Wählt in jeder Ortsgruppe Delegierte zum Kampftongreg!

Sozialdemokratische und SAU-Freidenten Genossen, reißt euch ein in die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Verbotsterror, Kirche und Faschismus! Für freien, marxistischen Atheismus!

auch die Arbeit der Verteidigungsorgane der Revolution sehr undemokratisch, und da mag er in gewissem Sinne Recht haben, denn sie verfolgen hier nicht das Proletariat, nicht die Führer des werktätigen Volkes, sondern beschäftigen sich nur mit den konterrevolutionären „feinen Herren“ und ihren Agenten, zumal nicht immer in besonders demokratischen Formen.

Am Tage nach diesem Gespräch, fuhr ich mit der Straßenbahn in einen Mosauer Betrieb, um festzustellen, wie man hier „ohne Demokratie“ lebt und wirkt. Ich wählte zunächst einmal absichtlich keinen jener weltbekannten modernen Riesenbetriebe, die man in der sozialdemokratischen Presse gewöhnlich als „ein oder zwei Parade-fabriken für ausländische Reisende“ bezeichnet. Ich wählte nicht „Elektromotoren“, nicht „Scharifkopfabrik“, nicht „Amo“, nicht „Serp i Molot“, nicht „Dynamo“, nicht „Freier“, nicht die Uhrenfabrik „Thälmann“, nicht „Elektrolampa“, nicht die Thermometerfabrik, nicht „Zaql“, das russische Deflau, nicht „Myopribor“ und die anderen großen schönen „Paradebetriebe“ (es scheint allerdings, daß fast die gesamte gewaltige Industrie der roten Hauptstadt aus solchen Potemkinschen Dörfern besteht). Ich wählte eine alte, wenig genannte Fabrik, einfach aus dem Adreßbuch.

Sie heißt „Kabelfabrik Nr. 2“. In dieser Fabrik verbrachte ich einige Tage, die ersten Stunden begleitet und geführt von einem Betriebsarbeiter, sonst ohne jede Begleitung. Ich sah mir den Betrieb an, sah mehrmals stundenlang im Betriebsrat, im Parteikomitee oder im Zimmer des Direktors, unauffällig in einer Ecke, und beobachtete aufmerksam alle Vorgänge, hörte allen Gesprächen zu, die geführt wurden.

Zur Aufklärung!

Der im Zusammenhang mit unserem Artikel am Sonnabend unter „Werttätige, schließt die rote Einheitsfront“ erwähnte Nazi Diebel wohnt nicht Reichstraße 4, sondern Reichstraße 8. Wir bringen diese Notiz, weil im Hause Reichstraße 4 ein Werttätiger gleichen Namens wohnt.

Achtung, Metallarbeiter! Heute abend um 19.30 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, eine Betriebsräte- und Vertrauensleuteversammlung statt. — Am Donnerstag, dem 1. Dezember, findet eine Branchenversammlung der Bauschlosser um 19.30 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, statt.

Die „Freie Esperanto-Vereinigung Breslau“ veranstaltet einen Esperantotag für Fortgeschrittene. Der Beginn ist am 29. November, um 20 Uhr, im Arbeiter-Radioheim, Paradisestraße 17. Die Teilnahmegebühr einschließlich Lehrbuch beträgt für Erwerbslose 2 Mark, für Beschäftigte 4 Mark. Anmeldungen werden am ersten Kurzsabend entgegengenommen. Anfängerkurse beginnen Anfang Dezember. Näheres darüber wird noch bekanntgegeben.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslau. Am Dienstag um 20 Uhr Frauenabend im Gewerkschaftshaus. Es findet ein ärztlicher Vortrag statt. Gäste willkommen.

Der Beginn des Bodbeer-Ausstoßes ist seitens der dem Verein Mittelschlesischer Brauereien G. V. angeschlossenen Brauereien auf Donnerstag, den 1. Dezember 1932, festgesetzt worden (siehe heutiges Inserat). — Das Bier, welches als heller und dunkler „Bod“ zum Ausschank gelangt, ist ein Starkbier von hohem Stammwurzgehalt. Die schlesischen Brauereien verwenden nur bestes Malz und feinsten Hopfen. Durch den hohen Gehalt an Malzzucker hat das Bodbeer einen bedeutenden Nährwert. Allen wirklichen Bierkennern ist ja auch bekannt, daß unsere schlesischen Biere in Qualität, Geschmack und Vollständigkeit auch den renommiertesten ausländischen Erzeugnissen mindestens ebenbürtig sind.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokale: Kurt Gafron, in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau, Treibacher Straße 34.

Werdet Leser der kommunistischen Presse

Weiß Zähne Chlorodont

RUND UM DEN ERDBALL

„Es gibt noch so manche Schwierigkeit“

(Gespräch mit sowjetrussischen Arbeitern über die Wohnungsfrage)

„Sind Sie wirklich mit allem zufrieden?“ fragte ich einen Arbeiter im Wälzwerk der Kabelfabrik.

„Sehen Sie“, antwortete er mir, „wenn es ein bürgerlicher Eigentümer fragen würde, würde ich es überlegen, über unsere Sorgen und Schwierigkeiten zu reden. Das ist unsere Sache und es geht ihn nichts an. Aber vor unseren ausländischen Klassen-geossen haben wir nichts zu verbergen. Wir sind noch mit manchem unzufrieden. Viele von uns wohnen noch schlecht (ich persönlich habe allerdings im vorigen Jahr schon eine Neubauwohnung bekommen). Bei der Verpflegung gibt es noch manche Schwierigkeiten. Auch die schlechten Verkehrsverhältnisse ver-
lätzen unsere freie Zeit um mehrere Stunden im Monat.“

„Und was tun Sie dagegen? In der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Presse heißt es doch, Sie hätten kein Streikrecht.“

„Was das Recht anbelangt, so könnten wir streiken, wieviel wir wollen. Aber sind wir denn verrückt, gegen uns selbst zu streiken, gegen unseren Staat, gegen unseren Betrieb? Haben Sie schon je einen Fabrikbesitzer gesehen, der gegen seinen Betrieb einen Streik organisiert? Und hier sind wir eben die Besitzer. Und wo für sollen wir denn überhaupt streiken? Unsere Lage wird doch trotz der Schwierigkeiten von Jahr zu Jahr besser.“

„Verantwortlich für die Überwindung der Schwierigkeiten sind wir allein“, erzählte mir später ein Arbeiter der Kabel-
fabrik. „Je schneller und je besser wir unsere sozialistische In-
dustrie und unsere kollektive Landwirtschaft entwickeln um so
rascher werden wir unsere Schwierigkeiten überwinden. Glauben
Sie vielleicht, daß es eine Kleinigkeit ist, in einem einzigen Jahre
drei Millionen neue Arbeitskräfte einzustellen und — bei äußerster
Anspannung der Produktionskapazität dafür zu sorgen, daß sie mit
Wohnung, Nahrung, Kleidung sofort anständig versorgt werden.“

„Was tun die Arbeiter für die Überwindung der Schwierig-
keiten? Meiner die Verkehrsfrage zu sprechen war überflüssig.
Es ist allgemein bekannt, wie gewaltig sich der Straßenbahn-
und Autobusverkehr in den letzten Jahren entwickelt hat, aber
die Stadt und ihre Industrie entwickelt sich noch schneller. Nun
aber konnte ich überall, wo ich vorbeifuhr, auf allen großen
Plätzen den schon ziemlich fortgeschrittenen Bau der Moskauer
U-Bahn beobachten. Sie wird schon in der aller nächsten
Zeit eine große Umwälzung im Moskauer Stadtverkehr hervor-
rufen. Ueber die Ernährungsschwierigkeiten wollte ich vor allem
Frauen befragen. Daher erkundigte ich mich diesmal über die
Wohnungsfrage. Ich erhielt folgende Aufklärung:

Die Fabrik selbst ließ bereits für 1500 Familien neue Woh-
nungen bauen. (In der Fabrik sind einschließlich der an-
geschlossenen Kabinfabrik 1. insgesamt 5000 Arbeiter und
Arbeiterinnen beschäftigt.)

Nach der Revolution hat man uns in den herrschaftlichen
Zehn- und Zwölfszimmerwohnungen untergebracht. Aber glauben
Sie mir, es war doch nicht viel damit los, wenn sechs bis zehn
Familien in einer noch so großen Wohnung leben mußten, in
der alle Einrichtungen für eine Familie bestimmt waren“, sagt
mir eine Arbeiterin.

Nun werden die eigenen Neubauwohnungen der Fabrik zu-
sammen mit den in Bau befindlichen Häusern schon etwa die
Hälfte der Belegschaft beherbergen können. Die anderen müssen
noch einige Zeit warten, aber ihre verständliche Ungeduld wird
durch erträglicher, daß sie leben, wie ununterbrochen neue
Arbeiterwohnungen — nicht nur von der Fabrik, sondern vor
allem von der Stadt und vom Sowjetstaate und auch von eigenen
proletarischen Wohnbaugenossenschaften gebaut werden, und sie
bereits ungefähr den Zeitpunkt vorausbestimmen können, in dem
auch sie ihre Wohnung mit Bad ihre „Kultur-Wohnung“, haben
werden. Und so ist es in der ganzen Sowjetunion. In den
Jahren 1928-31 wurden Arbeiterwohnungen im Werte von drei
Milliarden Rubel gebaut. Im Jahre 1932 allein ebensoviele.

Interessant ist, wie die Mittel für diesen grandiosen Woh-
nungsbauprogramm aufgebracht werden. Das Grundstück wird den Arbeit-
ern in diesem „Land ohne Demokratie“ unentgeltlich zur
Verfügung gestellt. Die Bautkosten werden bei den Wohnungs-
bauten der Kabinfabrik aus drei Quellen bestritten: aus dem
„Fonds zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter“,
kurz „Fubr“ genannt, in den jede Unternehmung einen Teil ihres
Reingewinnes (im allgemeinen 20 Prozent) einzuzahlen hat, aus
langfristigen, ganz gering verzinslichen Krediten der Kommunals-
bank und aus der drei Viertel Millionen Rubel hohen Prämie,
die die Belegschaft der Kabinfabrik vom Staat für besonders gute
Leistungen im sogenannten „Sonderquartal“ (Oktober bis Dezember
1930) erhalten hatte.

Die Miete in den Neubauwohnungen ist natürlich höher als
in den Altimwohnungen, da sie nicht nur die Instandhaltungskosten,
sondern auch die Amortisation eines Teiles der Bautkosten decken
muß. Nichtsdestoweniger kann sie bedeutend billiger sein, als sie
unter gleichbleibenden Verhältnissen in einem kapitalistischen
Land wäre. In der Kalkulation fehlt hier vor allem gänzlich
der Profit des Hausbesitzers. Auch der Anteil der Bautkosten an
der Miete ist entsprechend geringer als unter kapitalistischen Ver-
hältnissen, erstens um den Wert des Grundstückes, der unter dem
Kapitalismus, besonders in den Großstädten, sehr hoch ins Gewicht
fällt, zweitens um die vom „Fubr“ erhaltene Summe und drittens
um die Dreiviertel-Millionen-Prämie. Es bleibt also übrig die

Amortisation des Kommunalbankkredit; sie wird so aufgestellt,
daß auf den Inhaber etwa einer Zweizimmerwohnung 400 Rubel
entfallen, bei einer Monatsrate von 11 Rubel. Dazu kommt der
Beitrag zu den Instandhaltungskosten, also die eigentliche Miete,
die bereits nicht nur nach der Größe der Wohnung, sondern auch
nach der Wohnhöhe gestaffelt ist. Wenn Gewährsmann verdient
im Monat 250 Rubel und zahlt für seine Zweizimmerwohnung
(außer der Tilgung des Baukostenzuschusses) 22 Rubel Miete, also
weniger als 9 Prozent seines Lohnes.

Auch in einer solchen Frage wie die Kalkulation der
Miete spiegelt sich also der Unterschied zwischen den Wirtschafts-
systemen der alten und der neuen Welt wider.

Erwerbslose erfrieren in Neuyork

Ungehobene Not der Erwerbslosen und der früheren Kriegsteilnehmer — Unzählige obdachlos

Neuyork, 28. November. Der Winter setzt in
diesem Jahr ungewöhnlich früh ein. In Neuyork sank
das Thermometer in der letzten Nacht bis auf zehn Grad
unter Null. Zwei Erwerbslose wurden erfroren aufge-
funden. Die privaten Hilfsorganisationen teilen mit, daß
alle Wärmehallen und Notquartiere bis zum letzten Platz
besetzt sind. Viele Tausende können keinen Unterschlupf
mehr finden. Man rechnet für den Winter mit furcht-
barem Elend, zumal es weder eine Erwerbslosenunter-
stützung noch eine Wohlfahrtsfürsorge gibt. Die nach dem
warmen Süden fahrenden Verfrachtszüge nehmen Tausende
von Erwerbslosen mit. In den Barackenlagern
der Kriegsteilnehmer in den Außenbezirken von Neuyork
herrscht gleichfalls schwere Not. Die meisten dort unter-
gebrachten Familien sind völlig mittellos und können
nicht einmal für Heizmaterial sorgen.

Die hier wörtlich wiedergegebene Meldung der Telegraphen-
union bedarf kaum eines Kommentars. Im reichsten kapitalisti-
schen Lande der Welt, in Neuyork, der Stadt des Reichtums, er-

die 10-Pf.-Lose abzurechnen.

Es ist höchste Zeit

Unpünktlich oder überhaupt
nicht abgerechnete Lose fallen
bei der Gewinnverteilung aus!
Jeder Loskäufer kontrolliert im eigenen
Interesse, ob sein Lotobmann bzw.
Kassierer die Lose abgerechnet hat. Nicht
nur für den Vertrieb, auch für
die Abrechnung gilt:

Arbeiterliteratur
im Kampf für die Einheitsfrontaktion!

früheren Erwerbslose auf den Straßen. Es ist nicht sehr lange her,
daß die bürgerliche sozialdemokratische Presse
Deutschlands Amerika als das ideale Land ohne Klassen-
kampf hinzustellen pflegte. Blidzt nach Amerika, hieß es. Dort
besitze jeder Arbeiter sein eigenes Auto, dort herrsche Wohlstand
für alle.

Nun ist auch über Amerika die Krise hereingebrochen, wird
die Zahl der Erwerbslosen in den Vereinigten
Staaten auf 15 Millionen geschätzt, verhungern in
dem Lande, in dem Getreideladungen ins Meer versenkt werden,
unzählige erfrieren in den Straßen Neuyorks, wo hunderte,
tausende Wohnungen leer stehen, weil die meisten nicht mehr in
der Lage sind, die Mieten zu bezahlen, gehen in Baracken un-
zählige frühere Kriegsteilnehmer elend zugrunde.

Dies kennzeichnet am besten das Wesen des kapitalistischen
Systems, zeigt jedem klar und deutlich, daß es nur einen Ausweg
gibt, den Weg des Sozialismus, den Weg, den die
Kommunistische Partei zeigt.

Zwei neue Nahbeben im Ruhrgebiet verspürt

Essen, 28. November. Am Montag früh verzeichneten die
Seismographen der Bochumer Erdbebenwarte wiederum zwei
kleine Nahbeben, von denen das erste nach Meldungen aus Essen
auch von Perionen deutlich verspürt worden ist. Das erste Beben
begann um 5 Uhr, das zweite um 6,12 Uhr sechs Sekunden. Bei
beiden Beben legte nach etwa 14 Sekunden die zweite Bewegungs-
phase ein, was einer Entfernung des Bebenherdes von etwa
125 Kilometer entspricht und den Schluß zuläßt, daß der gleiche
Herd wie bei dem Beben in der letzten Woche, also Holland, in
Frage kommt. Die größten Bewegungen betragen in Bochum ein
Zehntelmillimeter, also etwa halb soviel wie bei dem
Beben am Mittwoch. Nach 3/4 Minuten war in beiden Fällen der
Boden wieder ruhig.

Die Rettungsarbeiten auf den Delbrück-Schächten noch nicht fortgeschritten

Hindenburg (O./S.), 28. November. Die äußerst schwierigen
Rettungsarbeiten auf den Delbrück-Schächten dauerten am Sonn-
tagmittag noch immer an. Der Füller Woitkowski, dessen
Oberkörper bereits am Freitagabend freigelegt wurde, konnte
bisher nicht von dem auf seinen Füßen liegenden Gesteinsblock
befreit werden. Der Umgehungsstollen, an dem wie bereits ge-
meldet, jetzt gearbeitet wird, ist bis auf drei Meter Entfernung
an Woitkowski vorgetrieben worden. Diese Arbeiten können nur
mit größter Behutsamkeit vor sich gehen, damit ein Riesengesteins-
block, der über Woitkowski hängt, nicht abstürzt. Wann die
Bergung des bis jetzt halb Geretteten möglich sein wird, läßt sich
noch nicht sagen.

Schwerer Kinobrand in Madrid



Im Palace de la Musica in Madrid, der vorwiegend als Kino-
theater verwendet wird und als das schönste Theatergebäude
der spanischen Hauptstadt gilt, brach im vollbesetzten Raum
während der Vorstellung Feuer aus. Das Publikum konnte zur
Besonnenheit ermahnt werden und hatte in wenigen Minuten
das Theater verlassen, das vollkommen ausbrannte.

Aus aller Welt

Tödlicher Absturz eines Segelflugges

Dillenburg (Hessen), 28. November. Im Segelfliegerlager
Hirzenhain ereignete sich am Sonntag ein tödlicher Unglücksfall,
der zweite seit Bestehen der Segelfliegerschule. Der 23jährige
Flugschüler Bieber aus Hirzenhain stürzte nach längerer Flug-
dauer aus noch unbekanntem Ursachen plötzlich ab. Die Maschine
ging völlig zu Bruch. Der Flieger erlitt schwere Verletzungen,
denen er auf dem Wege zum Krankenhaus erlag.

Aufsehenerregende Jagd auf einen Autoräuber

Saarbrücken, 28. November. Zu einer aufregenden Jagd auf
einen Autoräuber kam es am Sonnabend im Stadtzentrum von
Saarbrücken. Als der Autodieb mit dem gestohlenen Wagen
in langsamer Fahrt an dem Besitzer des Autos vorbeifuhr, sprang
dieser auf das Trittbrett des Wagens und wollte den Dieb
zwingen, nach der Polizeiwache zu fahren. Der Autoräuber
flüchtete aber in ein Haus und sprang, als ihn die Polizei ver-
folgte, aus dem dritten Stockwerk auf die Straße. Er zog sich
so schwere Verletzungen zu, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Gymnasiasten verüben Bombenanschlag auf ihren Lehrer

Neustettin, 28. November. In der Nacht zum Sonntag wurden
die Bewohner der Stadt durch einen lauten Knall aus dem Schlafe
gemaakt. An der Ecke Augusta- und Moltkestraße hatten mehrere
Schüler des Fürstin-Schwedwigs-Gymnasiums, die von einem Vereins-
vergnügen heimkehrten, vor der Wohnung des Studienrats Thiede
einen Sprengkörper zur Explosion bringen wollen. Dieser Spreng-
körper, ein Gemisch aus übermangansaurem Kali, rotem Phosphor
und Chlorat, ist dabei wahrscheinlich vorzeitig explodiert. Dabei
wurde dem 18jährigen Weinhard Mir aus Neustettin die linke
Hand bis zum Handgelenk abgerissen. Ein Teil der Ladung
verlekte den Täter auch im Gesicht. Mehrere in der Nähe stehende
Schulkameraden kamen mit dem Schrecken davon. Der Verletzte
wurde in das Krankenhaus übergeführt, wo er noch in der Nacht
einer Operation unterzogen werden mußte. Sein Zustand ist
ernst, doch hofft man, ihn am Leben erhalten zu können. Nach den
bisherigen polizeilichen Ermittlungen handelt es sich nur um
einen Dummjungenstreich ohne politische Hintergründe. Wie
die Schüler in den Besitz des Sprengkörpers gelangt sind, müssen
erst die näheren Ermittlungen ergeben.

Ein Inzesse eines Profanier Gefängnisses erschloß mit einer
eingeschmuggelten Pistole einen Wärter, verletzte einen zweiten
schwer; aber als er einlief, daß ihm die Flucht trotzdem unmöglich
war, erschloß er sich selbst.

Der Hamburger Arzt Dr. Ensch wurde verhaftet, weil er
unter Umgehung der ständigen staatlichen Kontrolle minder-
wertiges Impferum zum Versand gebracht hat, dessen Benutzung
Erkrankungen hervorrief.

Bei Kirin entgleiste ein japanischer Panzerzug. Elf Sol-
daten wurden getötet. Die Ursache der Entgleisung soll auf einen
Anschlag zurückzuführen sein.

In einem Nachtlokal in Lemberg kam es in der vergangenen
Nacht zu einer Schlägerei zwischen Studenten und Unteroffizieren.
Ein Student namens Grotowski wurde getötet, zwei andere
schwer verletzt. Vier Personen wurden verwundet.

Sturm über England

Starke Schneefälle in Schottland

London, 28. November. Während des Sonntags und in der
Nacht zum Montag wütete ein starker Sturm über Nord- und
Mittelengland, der teilweise eine Stundengeschwindigkeit von
110 Kilometer erreichte. Der Dampfer „Britannic“ traf erst mit
24 Stunden Verspätung in Liverpool ein.

Auf dem Fluße Wear stießen zwei Dampfer zusammen. Bei
der Inlet Islay lief ein Fischdampfer auf. An einigen Stellen
in Schottland kam es zu Schneefällen, die den Verkehr teil-
weise sehr stark behinderten. Bei Inverness mußten zwölf faden-
dicke Kraftwagen von den Zufahren verlassen werden, die
ihre Reise zu Fuß fortsetzten.

Bolschewistische Tagung im Waldenburger Revier

„Bolschewistische Werte in der Verteidigung der Klassenlinie, gepaart mit echter Kameradschaftlichkeit, fähige Aufgabenstellung, die niemals den Weg des geringsten Widerstandes, des Ausweichens vor Schwierigkeiten geht, sondern sich vom Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse leiten lässt, ernstestes Verantwortungsgefühl und schonungslose, schmerzliche Selbstkritik, die die Partei vor dem Verfall auf Fehlschritt und vor bolschewistischer Selbstzufriedenheit oder Schamfärberei schützt, all das sind Voraussetzungen dafür, daß die Partei ihre gewaltige historische Aufgabe an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse durchführen kann.“

Im Zeichen der hier aus der Entschliebung der letzten Reichsparteiarbeiterkonferenz angeführten Voraussetzungen, für die Erfüllung der gewaltigen historischen Aufgaben der kommunistischen Partei tagte am 26. und 27. November neben den übrigen Unterbezirkskonferenzen in Schlesien auch die Waldenburger Unterbezirkskonferenz, an der 160 Delegierte teilnahmen. In zwei Tagen ersthafter Beratungen, in deren Verlauf über 30 Parteiarbeiter zu den Fehlern und Schwächen in der praktischen Arbeit der Parteiorganisation im Waldenburger Hungerland Stellung nahmen, wurden jene Aufgaben herausgeholt, die es uns ermöglichen, die hungernden Massen an Aktionen, zur Verteidigung ihrer Lebensexistenz gegen die faschistische Diktatur heranzuführen. Vorbehaltlos stimmten die Delegierten den Beschlüssen des 12. G. R. F. J. Plenums und der Reichsparteiarbeiterkonferenz zu.

Waldenburg ist das stärkste Industriegebiet in Schlesien

Diese Tatsache geht schon daraus hervor, daß von der Bevölkerung in diesem Gebiet 68 Prozent Betriebsarbeiter in Industrie und Handwerk sind, gegen nur 34 Prozent in Breslau.

In dem politischen Referat des Genossen Meuzel und in der sehr lebhaft geführten Diskussion, wurde die große Bedeutung der Ergebnisse der letzten Internationalen Tagung und der Reichsparteiarbeiterkonferenz unterstrichen. Der Genosse Meuzel stellte insbesondere die Frage der Durchführung der Beschlüsse der letzten Delegiertenkonferenz im Mai, sowie der letzten Reichs- und Internationalen Tagungen. Diese wurden nur ungenügend, mangelhaft und zum Teil fehlerhaft durchgeführt. Es ist uns nicht gelungen, einen entscheidenden Einbruch in das Lager der SPD., in die Anhänger der Gewerkschaftsbürokratie zu vollziehen. Die Streikwelle, die in ganz Deutschland auf die Papen-Notverordnung einwirkte, hatte sich nach Schlesien und Waldenburg übergriffen. Die Streikführung wurde jedoch den Führern der reformistischen Gewerkschaften überlassen, von denen sie abgewürgt wurde. Das war nur möglich, weil wir keine innergewerkschaftliche Arbeit und nur eine mangelhafte Betriebsarbeit leisteten.

Im Bergbau mußte dieselbe Schwäche festgestellt werden, die ihren Ausdruck fand, in dem unbefriedigenden Ergebnis der Arbeitskammerwahlen und ganz besonders der Reichstagswahl in Weichstein.

Nur auf dem Wege betrieblicher Bewegungen

Es ist möglich, den Arbeitermassen zu der Erkenntnis über die verdrängende Rolle der Gewerkschaftsbürokratie und SPD.-Führer, die als „Versteher des Kapitalismus“ handeln, zu verhelfen. Das zeigt die Tätigkeit der Genossen in Weichstein, die nach dem Textilarbeiterstreik nicht geruht haben, sondern die organisatorische Verantwortung der revolutionären Gewerkschaftsopposition innerhalb des Betriebes vornahmen. Hier hatten wir auch einen beachtlichen Erfolg bei der letzten Reichstagswahl. Das Krümper-System im Bergbau wird von den Bergarbeitern verworfen.

Trotzdem haben wir bisher keinen konkreten Kampf dagegen geführt. Es kommt darauf an, alle Kräfte mobil zu machen, zur betrieblichen Einheitsaktion gegen das Krümper-System, gegen den indirekten Lohnabbau und die erhöhte Antreiberei. Dort, wo wir taghaft und mit der falschen Auffassung: „die Massen kommen immer zu uns“ — an die Massenarbeit heranzugehen, werden wir keine Erfolge haben. Es kommt darauf an, überall die Gesamtmitgliedschaft der revolutionären Organisationen als Massenhebel einzubringen.

In den reformistischen Gewerkschaften sind wir den Weg des leichten Widerstandes gegangen. Revolutionäre Kollegen des B. A. B. sind einmütig zum G. R. F. J. übergetreten, hat dort die Oppositionsarbeit in Angriff zu nehmen.

Unsere dringendsten Aufgaben

für die nächste Zeit sind:

- Die Organisierung des Kampfes um die Ortsverwaltungen und Zahlstellen im B. A. B., D. M. B. und Baugewerksbund.
- Die Mobilisierung der Bergarbeiter zum 4. Dezember, dem Tag der Internationalen Bergarbeiterdemonstrationen.
- Die Vorbereitung des Kampfes der Textilarbeiter, deren Lohnsatz zum 31. Dezember gekündigt wurde.

Die gestellten Aufgaben können nur gelöst werden, wenn wir eine einheitliche Partei haben. Wir müssen die Führung unter den Massen verwirklichen! Das können wir nur, wenn eiserne Disziplin in unseren eigenen Reihen herrscht. Nur so ist es möglich, zielbewußt und klar die Aufgaben zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse zu lösen!

In der Diskussion wurde sehr ausführlich und selbstkritisch von über 30 Parteiarbeitern aus den Betrieben und Ortsgruppen zu der Tätigkeit in den letzten Monaten und den neuen Aufgaben, die von dem 12. Plenum und der Reichsparteikonferenz gestellt wurden, Stellung genommen. Delegierte behandelten ausführlich die Fragen der Einheitsaktion der Gewerkschaften gegen Hunger, für Brot, Kartoffeln und Kohlen sowie die Arbeit zur Gewinnung der Landarbeiter und Kleinbauern, was nicht eine Frage unserer roten Landfontaine sein kann.

Die Genossen von der Melchior-, Glückhilf- und Zuchgrube

nahmen zu dem Ergebnis der Arbeitskammerwahlen Stellung, die allgemein unbefriedigend und besonders schlecht auf dem Hans-Deutscher-Schicht ausgefallen sind. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß weder gegen das Krümper-System, noch gegen den Lohnabbau durch Degradierung der Gauer und Nichtbeförderung der Schlepfer, noch gegen das gesteigerte An-

treiber-system betriebliche Bewegungen entfacht wurden. Es gilt die Einheitsfrontbewegung in die Schächte und Abteilungen zu tragen. Ein Genosse der Glück-Hilf-Grube betonte besonders die Wichtigkeit der Eroberung von Positionen im B. A. B. als ein Hebel zur Entfaltung der Aktionen um die Forderungen der Bergarbeiter.

Besonders zutreffende Ausführungen machte der Genosse Fritz Franz, der über das Verhältnis zwischen uns und der SPD. sprach. Die Differenz des Einflusses zwischen SPD. und G. R. F. J. ist geringer geworden. Wir müssen aber feststellen, daß die SPD. einen ungeheuren organisatorischen Apparat zur Verfügung hat, durch den sie auch weiterhin ihren Masseneinfluß sichert. Diese Tatsache stehen? Es ist die Front des wirtschaftlichen Kampfes, des Kampfes um die Erhaltung der Lebensexistenz der Arbeitermassen und Wertsäulen! Diese gilt es an Aktionen heranzuführen. Nur auf diesem Wege können die SPD.-Führer, kann die Gewerkschaftsbürokratie vor ihren Anhängern entlarvt werden und können wir als G. R. F. J. das Vertrauen der breiten Masse gewinnen.

Unter dem Beifall der Delegierten sprach ein Genosse von Liebau, der als parteiloser Arbeiter zur SPD. gekommen ist und mit einer größeren Anzahl den Weg zur SPD. gefunden hat. Er erklärte:

Nur die kommunistische Partei befindet sich auf dem Leninistischen Weg

Zerschlägt die „linken“ Manöver der SPD.

Der Vertreter der B. L. trat der aufgekauften Auffassung entgegen, als ob wir noch keinen „hundertprozentigen“ Faschismus hätten. Es gibt überhaupt keinen sogenannten „linken“ Faschismus. Man kann dafür kein Schema aufstellen. Von größter Bedeutung ist die Feststellung des 12. Plenums, das wir uns am Ende der dritten Periode, d. h. der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und an der Schwelle einer neuen revolutionären Periode befinden. Das bedeutet, daß wir stärker als bisher die Fragen des Machtkampfes stellen müssen. Der Genosse spricht dann ausführlich über die „linken“ Manöver der SPD., die versucht, den Arbeitern einzureden, als ob auch sie nicht nur „auf demokratischem Weg zum Ziel“ gelangen wollen. Wir müssen die Frage stellen: Was ist ihr Ziel? In einer Rede im Landtag stellte der schlesische Abgeordnete Hamburger fest, daß die Nazis dort, wo sie an der Herrschaft sind, wie in Braunschweig, Mecklenburg, Oldenburg usw. nur nachmachen, was das Kabinett Braun-Severing durchführte.

Hamburger befragte damit, daß zwischen der Politik der SPD. und der Nazis, sobald sich diese in der Regierung befinden, kein Unterschied besteht.

Das Ziel der SPD. ist die „zweite“ Republik, das heißt, die SPD.-Führer wollen wieder bei Ebert und Mosse anfangen. Das müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern sagen und die „linken“ Manöver der SPD.-Führer zerschlagen.

Der Genosse stellte die Frage nach den entscheidenden Schichten für den Befreiungskampf und nach den Verbündeten. Wir haben in Schlesien drei Millionen Einwohner. Davon sind 1 1/2 Millionen erwerbstätig. Nur ein Prozent der schlesischen Einwohner sind kapitalistisch. Wir haben 250 Unternehmer mit einer Belegschaftsstärke von über 50 Arbeitern. Etwa 2000 Einwohner muß man in Schlesien zur kapitalistischen Klasse zählen. Wir haben in Schlesien dagegen eine Million Proletarier, eine halbe Million wertvoller Mittelstücken, 240 000 Angestellte und Beamte und 250 000 Kleinwerkbetreibende. Um die wertvollen Mittelstücken, um die Angestellten, Beamten und Kleinwerkbetreibenden kümmert sich kein Mensch von uns. Das sind aber die Verbündeten der Arbeiterklasse! Das Proletariat kann den Befreiungskampf nur erfolgreich führen, wenn es diese Schichten als Verbündete hat.

Krümpersystem, Förderbeischichten und B. A. B. - Hoffmann

(Bergarbeiterkorrespondenz)
In der Nr. 276 der „Schlesischen Bergwacht“ vom 24. November 1932 erwidert Hoffmann auf einen Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ betr. Ueberarbeit auf der Zuchgrube, mit der Ueberschrift: „Wenn zwei das selbe tun...“ Mit diesem Artikel hat H. sich selbst und die Demagogie der SPD.-Bongen gebührend markiert. Wie? Nun, soweit sich H. die Mühe gibt, seine Funktionäre zu entlasten, haben wir dem nichts hinzuzufügen.

Aber das Gemeine an dieser Schmiererei ist, daß der Vertreter der „Vollwert“-Organisation versucht, die Belegschaften der Fürstentiner-Gruben und der Melchiorgrube gegeneinander auszuspielen. Er schreibt u. a.: „Es muß auch bekannt sein, daß im Betriebe der Melchiorgrube, aus dem eurer Reichstagsabgeordneter hervorgegangen ist und wo ihr gleichfalls behauptet, daß die Belegschaft unter eurem Einfluß stehe, die ganze Belegschaft nicht nur eine Hoffmannschicht, sondern eine direkte Förderbeischicht machte? Trotzdem die Fürstentiner Gruben Montag feierten, haben eure kommunistischen Betriebsräte gegen diesen Skandal nicht einmal Einspruch erhoben.“

Sehr richtig, Herr Hoffmann, unser Reichstagsabgeordneter ist aus dem Betriebe hervorgegangen, während eure aus den Redaktionsstuben, Gewerkschaftshäusern und Regierungsjellen hervorgehen, wir danken für diese treffende Festätigung. Auch dürfte Herrn Hoffmann, falls er vom Bergbau Untertage überhaupt eine Ahnung hat, bekannt sein, daß man unter einer „direkten Förderbeischicht“ eine Schicht versteht, zu der sämtliche Belegschaftsmitglieder, welche bereits in der Morgenschicht gewesen sind, wieder befristet werden und dazu die ganze Schicht auch nach Ueberlage gefördert wird. Das war auf der Melchiorgrube nicht der Fall und Hoffmann war wieder einmal das Opfer einer falschen Berichterstattung. Wenn darüber hinaus besonders die Feierlichkeiten der Fürstentiner Gruben eine Rolle spielen, so möchten wir Herrn Hoffmann ins Gedächtnis rufen, daß auch wir auf der Melchiorgrube genau so Feierlichkeiten haben, nur etwas besser konzentriert unter dem schönen Namen „Werk- und Laub“, an dessen Zustandekommen auch die Gewerkschaftsführer ihren größten Anteil haben.

Ueber deren verheerende Auswirkung kann sich die gesamte Gewerkschaftsbürokratie der Tarifparteien kein Bild machen, weil sie selbst davon nicht betroffen ist. Aber fragt doch einmal eure zahlenden Mitglieder, die von dieser Katastrophenpolitik betroffen werden! Sie werden euch die beste Antwort geben können. Bis jetzt habt ihr in jeder Belegschaftsversammlung, wenn die Kumpel die Beseitigung des Krümpersystems forderten, stets erklärt: „Wenn wir den Bierhausplan kündigen, würde das im Interesse der Unternehmer liegen, denn diese warten schon lange darauf.“ Mit diesen verlogenen Ausreden versuchten die Möhle & Co. bei den Bergarbeitern den Einbruch

zu erwecken, als ob die Bergarbeiter die „Ruhnießer“ dieses Bierhausplans seien. Aber ausgerechnet dem freigewerkschaftlichen Betriebsratsvorsitzenden Reich von der Glück-Hilf-Grube blieb es vorbehalten, bei seiner Berichterstattung von der Aufsichtsratsführung der Riebag am 17. November im „Stern“-Waldenburg den Kommunisten in ihrer Stellung gegen den Bierhausplan recht zu geben. Reich verlas den schriftlichen Geschäftsbericht der Riebag, in dem die Grubenbarone feststellen:

bei jeder Partei- eine Jugendzelle

bestehen soll. Dieser Beschluß wurde bis heute nicht in die Wirklichkeit umgesetzt!
Unserer Partei darf es nicht gleichgültig sein, in welchem Lager sich die werttätige Jugend befindet.

Die Bourgeoisie versucht auf allen Wegen die Jugend im Geiste des Faschismus zu erziehen. Dem müssen wir entgegenstreiten. In Neucobede und Liebau gibt es zwei glänzende Beispiele, wie der Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht durch die Jugend einheitsaktion geführt werden muß. Die Gruppe Heinz Neumann versuchte beim Jugendverband, als der schwächsten Stelle, ihre parteifeindliche Theorie und Praxis anzubringen, um den Jugendverband gegen die Partei auszuspielen. Jugendverband und Partei muß ein Kollektiv sein! Das muß in der engen Zusammenarbeit seinen Ausdruck finden!

Die Konferenz legte in einer Entschliebung die nächsten Aufgaben für die Parteiorganisation im Waldenburger Gebiet fest. Ein Telegramm wurde im Namen der werttätigen Massen des Hungerlandes an das schlesische Justiz-Ministerium geschickt. In demselben wird die sofortige Freilassung des in Chemnitz zum Tode verurteilten antifaschistischen Arbeiters Baril gefordert.

Die Delegierten verließen die Konferenz, mit einer Menge neuer Anregungen für die praktische Arbeit, mit einer klaren, bolschewistischen Linie und Aufgabenstellung für die Tätigkeit in den nächsten Tagen im Aktie, in der Gewerkschaft, unter den Erwerbslosen und auf dem Lande. Jetzt alle Kräfte angespannt zur Verwirklichung der Beschlüsse, zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse im Waldenburger Gebiet, zur Gewinnung der notwendigen Verbündeten für den proletarischen Befreiungskampf unter den Angestellten, Beamten, Kleinwerkbetreibenden und Kleinbauern auf dem Lande!

zu erwecken, als ob die Bergarbeiter die „Ruhnießer“ dieses Bierhausplans seien. Aber ausgerechnet dem freigewerkschaftlichen Betriebsratsvorsitzenden Reich von der Glück-Hilf-Grube blieb es vorbehalten, bei seiner Berichterstattung von der Aufsichtsratsführung der Riebag am 17. November im „Stern“-Waldenburg den Kommunisten in ihrer Stellung gegen den Bierhausplan recht zu geben. Reich verlas den schriftlichen Geschäftsbericht der Riebag, in dem die Grubenbarone feststellen:

„Trotz vieler Bedenken, die gegen das Krümpersystem vor allen Dingen in anderen Bergbaubetrieben gehegt werden, müssen wir feststellen, daß wir damit gut gefahren sind.“
Hier geben die Unternehmer in ihrem frisierten Geschäftsbericht zu, daß nur die Unternehmer die Ruhnießer des Krümpersystems sind. Wie war es aber nun mit der „Förderbeischicht“ auf der Melchiorgrube?

Die Direktion hatte den Arbeiterrat davon in Kenntnis gesetzt. Die kommunistischen Betriebsratsmitglieder hatten den Fehler begangen, in diesem Falle von ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Ueberarbeit abzuweichen. Sie hatten nicht offen Protest erhoben gegen diese Schicht und ließen sich lediglich von dem Gedanken leiten, daß die Belegschaftsmitglieder es nicht verstehen würden, wenn ihnen die Möglichkeit, die verlorene Duftagschicht wieder weilt zu machen, vielleicht verweigert würde. Das stellen wir offen als einen Fehler fest.

Doch gerade mit Hilfe der B. A. B.-Bürokratie ist es soweit gekommen, daß der Abschlag für sechs Schichten kaum zum Leben reicht und der Kumpel nicht weiß, wie er wirtschaften soll, wenn nur fünf Schichten Verfahren werden.

Selbstverständlich sind die roten Betriebsräte der Melchiorgrube nach wie vor der Auffassung, daß durch Mehrarbeit die Lebenslage der Waldenburger Bergarbeiter niemals verbessert wird, sondern nur durch konsequenten Kampf. Erst wenn der Lohn der Bergarbeiter ein Produkt des Klassenkampfes ist und nicht ein Produkt der Verhandlungen, dann erst verbessert sich die Lebenshaltung der Bergarbeiter.

Aber, Herr Hoffmann, es gibt ja auch noch freigewerkschaftliche Betriebsratsmitglieder auf der Melchiorgrube, machen sie ihren Funktionären auch denselben Vorwurf? Ihre Funktionäre haben nichts dagegen eingeendet und haben sich regen an dieser Schicht beteiligt. Wie schrieben Sie selbst so schön über ihren Artikel (?) „Wenn zwei das selbe tun...“ Ja, dann ist es eben nicht das selbe!

Wir wissen, daß die Gehe der Hoffmann und Co. nicht von uns gefährt kommt, sondern, daß dieser Kues bereits in der Ortsgruppenversammlung der SPD. von Wendemuth angeführt wurde. Alle Gehe wird nicht imstande sein, die beginnende Einheitsfrontbewegung unter Führung der SPD. und G. R. F. J. anzuhalten. Trotz der Gehe der SPD. und Gewerkschaftsbürokratie werden die Arbeiter die rote Einheitsfrontbewegung

13 Jahre Kampf unter dem Sturm- banner der KJL.

Zur 13jährigen Wiederkehr des Berliner
Gründungskongresses der Kommunistischen
Jugendinternationale vom 20.-26. Nov. 1919



Am 26. November feiert die Kommunistische Jugendinternationale ihr dreizehnjähriges Jubiläum. Dreizehn Jahre sind es her, seit in einem kleinen Lokal in Berlin-Neukölln illegal der Gründungskongress der KJL zusammentrat. Während in Berlin Belagerungszustand herrschte und auf den Straßen Rotes Soldatentum Jagd auf Revolutionäre machten, wurde in lechtägiger Beratung vom 20. bis 26. November die neue Internationale der revolutionären Jugend geschaffen.

Der Berliner Kongress der KJL. eröffnete eine neue Etappe in der Geschichte der proletarischen Jugendbewegung.

Damals waren es noch kleine Gruppen von Zehntausenden, die, fast ausschließlich auf die europäischen Länder beschränkt, den Kampf gegen den Kapitalismus und sozialdemokratischen Verrat führten. Heute sind es Millionen, die unter dem roten Sturmbanner der KJL marschieren.

Geboren im Feuer des Krieges und Bürger- krieges

Die Millionenorganisation der Kommunistischen Jugendinternationale, die heute, alle Erdteile umspannend, im Geiste Lenins und Liebknechts kämpft, hat eine glorreiche Vergangenheit. Die Geschichte der KJL ist eine Geschichte des Kampfes. des unermüdbaren, zähen, erbitterten und opferreichen Ringens um die Massen der proletarischen Jugend.

Die KJL. wurde geboren im Feuer des Krieges und des
Bürgerkrieges.

Ihre ersten Bataillone formierten sich während des imperialistischen Weltkrieges 1914 bis 1918, wo die klassenbewußten Jungarbeiter in Deutschland, Frankreich, Italien und in den anderen kriegführenden Ländern, das Banner des revolutionären Internationalismus hochhalten, trotz Verfolgung, Terror und

Militärdiktatur den Gewalthabern und Kriegsherren Fehde anlagten. Die KJL. entstand im Gefolge des siegreichen Oktobers, der ebenso wie die russische Revolution 1905 einen gewaltigen Einfluß auf die proletarische Jugendbewegung auch in den übrigen Ländern ausübte.

Krieg und Revolution drückten dem Weltkomsomol unauswähllich ihren Stempel auf.

Mit ehernen Lettern zeichneten sie der neuen Internationale der Jugend ihren Weg vor. Und wie zur Zeit ihrer Entstehung bildete der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für den Freiheitskampf auch später die Hauptaufgabe und das leuchtende Ziel der Jugendinternationale. Die Jungkommunisten waren die ersten, die auf die Straße gingen, als Spartakus rief. Sie waren die ersten in den Berliner Januar-kämpfen, beim Oktoberaufstand in Hamburg und in der Kantoner Kommune. Die Komsomolen in den Armeen des Bürgerkrieges, die jungen Rotarmisten in der UdSSR. und in Sowjet-China dokumentieren die Opferbereitschaft und den Feuereifer, der die Kommunistische Jugendinternationale durchglüht.

Die antimilitaristischen Traditionen, die Karl Liebknecht der revolutionären Jugend tief einimpfte, leben noch heute in der KJL. Während des Marokko-Krieges, während der Intervention in China und überall, wo die Brandfackel des imperialistischen Krieges aufblühte, standen die Jungkommunisten in der vordersten Front des Antimilitarismus. Der Kommunistische Jugendverband Japans entfaltet heute eine beispielgebende Tätigkeit im Kampf gegen den japanischen Einfall in der Mandchurie und gegen die Kriegsrüstung gegen die Sowjetunion.

Der Ruf Ernst Thälmanns zum revolutionären
Internationalismus in Paris zündete unter der
deutschen und französischen Arbeiterjugend.

Der Kampf um die Bolschewisierung der KJL.

Über gleichzeitig haben wir keine Ursache, die Fehler und Schwächen der ersten Jugendinternationale zu verdecken, zumal ihre Ueberreste in den kommunistischen Jugendverbänden der kapitalistischen Länder fortleben und auch heute noch zum Teil vorhanden sind. Der Kampf gegen sie ist eine der wichtigsten Vorbedingungen zur Verwandlung der kommunistischen Jugendverbände in wirkliche Massenkampforganisationen der proletarischen Jugend. Jedes versöhnlerische Verhalten ihnen gegenüber und auch den einzeln Schwächen, die den großen Führern der revolutionären Jugend, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, trotz ihrer revolutionären und menschlichen Größe vom Bolschewismus trennten, ist in einer Organisation, deren festes Fundament die Theorie des Marxismus-Leninismus bildet, eine Unmöglichkeit!

Die Geschichte der KJL. ist die Geschichte des Kampfes um die Bolschewisierung der kommunistischen Jugendverbände. Die Kommunistische Jugendinternationale ist gewachsen und gefestigt im Zweifrontenkampf gegen den rechten Opportunismus und gegen das „linke“ Sektierertum.

Die Führer der KJL. und die Trojksisten behaupten in trauter Gemeinschaft, Lenin hätte vor dem Oktober 1917 nicht im internationalen Maßstab den Kampf gegen den Opportunismus geführt. Sie fälschten dadurch die historischen Tatsachen. Gerade die Geschichte der Jugendinternationale läßt die Führerrolle Lenins im Kampf gegen den Opportunismus auch in der proletarischen Jugend klar in Erscheinung treten. Wir brauchen hier nur an die Artikel zu erinnern, die Lenin während des Krieges in der „Jugendinternationale“ schrieb, um die Jugendbewegung gänzlich aus den Klauen des Reformismus und „Zentrismus“ loszulösen, an seine Teilnahme an der Erörterung der politischen Fragen, die vor der Jugendbewegung standen und die ständigen Diskussionen, die er mit führenden Genossen der Jugendbewegung pflegte. In der Vergangenheit wurde in der Literatur über Geschichte der KJL. diese Frage nicht immer mit der genügenden Tiefe gestellt. Leider muß man dazu auch das Buch „Die 3. Front“ des Genossen Münzberg nehmen. Es ist deshalb die erst kürzlich erschienene Broschüre des Genossen Tschernobanow „Wer sind die Erben der Stuttgarter Konferenz?“ besonders zu begrüßen, wo die Rolle Lenins in der proletarischen Jugendbewegung tief gestellt und allseitig beleuchtet wird.

Lenin war es, der als Führer der Kommunistischen Internationale auch die Führung über eines ihrer Glieder, die KJL., verwirklichte. Erst Lenin gab eine marxistische Einschätzung der Rolle der revolutionären Jugendbewegung; er zeigte erst die wesentlichsten Wege ihrer Entwicklung auf.

In seiner großen Rede auf dem 3. Allrussischen Kongress der Kommunistischen Jugendverbände arbeitete Lenin die Hauptaufgaben und den Inhalt der kommunistischen Erziehung der Jugend heraus und schuf damit das grundlegende marxistische Fundament für die Tätigkeit der kommunistischen Jugendbewegung überhaupt.

Die Geschichte der KJL. – die Geschichte des Kampfes gegen Versailles

Im Verlauf ihres Bestehens gliederte sich die Geschichte der KJL. ein in die Geschichte des Kampfes gegen Versailles. Der lebendige Internationalismus, von dem ihre Reihen besetzt waren, machte sie zu Vorkämpfern gegen die nationale Verflechtung des wertvollen Volkes Deutschlands. Hier standen deutsche, französische, englische, amerikanische, italienische und polnische Jungkommunisten in einer Front. Noch lebt in der Erinnerung der Arbeiterklasse an Rhein und Ruhr der Heroismus, den die Jungkommunisten an den Tag legten, als die französischen Imperialisten – zu Beginn nächsten Jahres jährt sich zum 10. Male der Tag – in Weidensland einmarschierten und das Land der Kohle und des Eisens mit ihrer Soldateska besetzten. Damals entfalteten die Jungkommunisten eine aktive Zerlegungsarbeit im französischen Heer. Plakate und Flugblätter in deutscher und französischer Sprache riefen die französischen, belgischen, arabischen und schwarzen Arbeiter im Waffenrod auf, sich nicht gegen ihre im Proteststreik gegen die Ruhrbeziehung stehenden deutschen Klassengenossen mißbrauchen zu lassen und klärten sie auf über die schäbige Rolle, die ihnen die Pariser Finanziers zugebrocht hatten.

„Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno in Berlin!“

war damals die Parole der Kommunisten. Als Blutzug des revolutionären Befreiungskampfes an der Ruhr fiel damals unser Jugendgenosse Hugo Demaré, von französischen Kugeln durchlöchert. Mehr als 50 deutsche, französische, belgische, arabische und russische Jungkommunisten wurden in dem großen Mainzer Antimilitaristenkongress von der französischen Militärjustiz zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Das alles sind Ruhmesblätter aus dem großen Buch der Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale.

Überall auf dem Posten auch für die kleinsten Interessen der werktätigen Jugend

Aber auch im tagtäglichen Kleinkampf um die Lebensinteressen der werktätigen Jugend stand die Kommunistische Jugendinternationale ihren Mann. Die kommunistischen Jugendverbände waren die einzigen, die den Kampf gegen Lohnraub, Abbau der Erwerbslosenunterstützung und all die kleinen Nöte und Sorgen der Jugend im Betrieb, Stempelkelle und Berufsschule auf ihre Fahnen geschrieben haben. Auch KJL. und Hitlerjugend haben Jugendforderungen“ besser geliebt: Fitten an das Ausbeuterpad – aufgestellt, aber nur zur Täuschung der Jugend.

Wo haben sie zum Kampf für ihre eigenen Forderungen
geführt, wo haben sie Streiks für ihre Durchsetzung
organisiert?

Es gibt kein Beispiel. Aber es gibt Hunderte und Tausende von Beispielen, wo die Jungkommunisten führend und helfend an der Spitze der kämpfenden Einheitsfront der arbeitenden Jugend standen.

Die Jugendforderung der KJL.: Sechstundentag, vier Wochen
Urlaub, gleicher Lohn für gleiche Arbeit usw. sind in der
Sowjetunion bereits verwirklicht.

Wer ist der Erbe der Stuttgarter Konferenz 1907?

Der 1. Kongress der KJL. wurde eröffnet als 4. Kongress der Internationalen Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen. Damit dokumentierte die neue Jugendinternationale ihre Verbundenheit mit der alten Jugendinternationale und die Übernahme ihrer großen revolutionären Traditionen. Der 4. Kongress der „Sozialistischen Jugendinternationale“, der vor einigen Wochen

in Prag tagte, berief sich bei seiner Eröffnung auf die Jugendinternationale der Vorkriegszeit und beanspruchte das Erbe der Stuttgarter Gründungskonferenz der Jugendinternationale 1907 für den Sozialfaschismus. Wir glauben schon, daß

die Erinnerung an ihre eigene schmachvolle Vergangenheit den sozialfaschistischen Jugend-Bürokraten von Schläger der Odenhauser unangenehm ist und sie gern ihre Verräterrolle von 1914 und später vor der werktätigen Jugend vertuschen möchten durch die Verungung auf die proletarische Jugendbewegung der Vorkriegszeit.

Das ist jedoch nichts anderes als freche Geschichtsfälschung. Trotz ihrer reformistischen Schattenseiten war die alte Jugendinternationale ihrem Wesen nach eine revolutionäre Organisation. Die Beschlüsse von Stuttgart, die vor 25 Jahren gefaßt wurden, atmen zu ihrem großen Teil einen revolutionären klassenkämpferischen Geist. Daß sie ernst gemeint und lebensfähig waren, bewies die Feuerprobe des Weltkrieges.

Die Rolle des LKJVSU. in der KJL.

Der wichtigste Helfer der kommunistischen Jugendverbände der kapitalistischen Länder in ihrem Bolschewisierungsprozeß ist der Leninistische kommunistische Jugendverband der Sowjetunion, der in der KJL. eine ähnliche Rolle auszuüben berufen ist wie die KJVSU. in der Komintern. Der LKJVSU. kann diese Führerrolle ausüben, weil „sein einziger Augenblick von entscheidender Bedeutung im Leben des LKJVSU. ohne die bolschewistische Führung und Unterstützung seitens des Leninskischen ZK. der KPdSU. vorüberging“ (Tschernobanow).

Die Gruppe Neumann-Müller wollte in ihrer kleinbürgerlich-bourgeoisen und spießhaften Aufgeblähsenheit die Führung der KJL. für sich beanspruchen; sie verleumdete den LKJVSU.; er hätte keine Erfahrungen in der Massenarbeit unter kapitalistischen Verhältnissen. Es scheint, als wüßten auch die nichts von den geschichtlichen Tatsachen. Schon während des Krieges bildeten sich in Petersburg, Moskau und anderen Industriezentren Rußlands die ersten revolutionären Zirkel der russischen Arbeiterjugend, die den Kampf gegen den Zirkismus durch selbständige Jugendstreiks und Demonstrationen führten kurz nach der bürgerlichen Revolution gegründet, in der Revolution gewachsen, im Bürgerkrieg gestählt, stellt heute

der fünfeinhalb Millionen Mitglieder zählende Komsomol die Jugendrotbrigade der Weltrevolution dar. Nicht nur, weil er zahlenmäßig ein Riese ist, sondern auch, weil er in der Periode zwischen der Februar- und Oktoberrevolution und beim sozialistischen Aufbau die größten Erfahrungen in einer wirklichen Massenarbeit gesammelt hat. Der LKJVSU. war vom ersten Augenblick seines Bestehens an frei von allen reformistischen Ueberresten. Von seiner Gründung an stand er unter der unmittelbaren Führung Lenins und Stalins.

Die führende Rolle des LKJVSU. in der KJL. trat bald nach seinem Erscheinen auf der Fahne des Klassenkampfes hervor. Der russische Jugendverband rief die revolutionären Jugendverbände 1919 zur Bildung der Kommunistischen Jugendinternationale auf; von Moskau ging die Initiative zur Einberufung des Berliner Kongresses aus.

Abwägung der Theorien des Euzenradismus

Hier schläg die russische Delegation den Ausschlag an die Dritte Internationale vor und trat bereits damals im Einverständnis des ERZ. und Lenins gegen die avantgardistische Theorien der

Mehrheit und für ein bolschewistisches Verhältnis zwischen Partei und Jugendverband auf.

Die fehlerhafte avantgardistische Ansicht, die Jugend sei „der revolutionärste Teil des Proletariats“ und der Jugendverband müsse als gleichberechtigter Weggefährte mit der Partei zusammengehen, findet ihre Erklärung in der historischen Vergangenheit der Jugendbewegung. Während der Kriegszeit mußten die sozialistischen Jugendverbände, die oft die alleinigen revolutionären Organisationen darstellten, teilweise selbständig die Kämpfe der Arbeiter führen. Dazu waren sie befähigt, weil in ihnen die Gedanken Lenins bereits Wurzel geschlagen hatten. Aus ihnen heraus entstanden in einer Reihe Länder die kommunistischen Parteien. Aber mit der Gründung der Kommunistischen Internationale war eine neue Etappe in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eingetreten, die den Jugendverbänden neue Aufgaben stellte.

Ernst Thälmann auf der Plenarzentrale des KJVD.

Von entscheidender historischer Bedeutung für die Bolschewisierung des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands war insbesondere die letzte Plenarartagung des ZK. des KJVD., auf der unter Anwesenheit und mit führender Beteiligung des Genossen Ernst Thälmann und eines Vertreters der EK. der KJL. nicht nur die zentralen Aufgaben für den deutschen Jugendverband festgelegt und die Waffen für seinen Kampf gegen Lohnraub, Faschismus und imperialistischen Krieg geschmiedet, sondern auch

zum ersten Male in der Geschichte des KJVD. ein wirklich bolschewistisches Verhältnis zur kommunistischen Partei Deutschlands

hergestellt wurde. Hier wurde der Weg freigemacht zur Verwandlung des kommunistischen Jugendverbandes in eine leninistische Massenorganisation. Die Plenarzentrale des KJVD. dokumentierte die unverbrüchliche Verbundenheit zwischen dem kommunistischen Jugendverband Deutschlands und der KJL. und ihrem bolschewistischen Zentralkomitee mit dem Genossen Thälmann an der Spitze, mit dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale mit dem Genossen Tschernobanow an der Spitze und der kommunistischen Internationale unter Führung des Genossen Stalin.

Sowjetisch-französischer Nichtangriffspakt vor der Unterzeichnung

Die französische Regierung hat beschlossen, am morgigen Dienstag durch den Ministerpräsidenten Herriot die Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Nichtangriffspaktes vorzunehmen. Von sowjetischer Seite wird der Sowjetbotschafter in Paris den Pakt unterzeichnen.

Der Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Frankreich stellt neben dem Abschluß des polnischen Nichtangriffspaktes den größten Erfolg der Sowjetriedenspolitik in der letzten Zeit dar. Die Tatsache allein, daß der französische Imperialismus, der auch heute noch an der Spitze der sowjetfeindlichen Kriegstreiber steht, gezwungen ist, mit der Sowjetunion den Nichtangriffspakt abzuschließen, ist ein Beweis dafür, wie ungeheuer sich die Stellung des proletarischen Staates gefestigt hat, während gleichzeitig alle kapitalistischen Staaten im Verfolg der Weltwirtschaftskrise in immer größerer außenpolitischer Schwermüdigkeit hineingerieten.

Der Nichtangriffspakt geht auf eine Anregung der Sowjetregierung zurück, die bereits im Jahre 1930 übernommen wurde. Damals wurden die Vorschläge der Sowjetregierung noch vom französischen Imperialismus zurückgewiesen und Frankreich verhinderte auch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Polen. Inzwischen aber haben sich die Schwierigkeiten des imperialistischen Frankreichs gewaltig gesteigert, der französische Kapitalismus ist ebenfalls mit voller Macht von der Weltwirtschaftskrise gepackt worden. Er sucht nach Absatz für seine Industrieprodukte. Es gibt aber nur ein Land, das in diesem Augenblick immer neue Aufträge und Bestellungen zu vergeben: das ist die Sowjetunion! Und so mußte sich der französische Imperialismus dazu entschließen, den Vorschlag der Sowjetregierung anzunehmen. Daß der französische Imperialismus seine sowjetfeindlichen Pläne mit dem Abschluß des Nichtangriffspaktes nicht aufgibt, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Der sowjetisch-französische Vertrag ist gegen keinen anderen Staat gerichtet. In der Sowjetpresse wird ausdrücklich betont, daß der Vertrag die deutsch-sowjetischen Beziehungen in keiner Weise berührt. Die Arbeiter aller Länder begrüßen den Abschluß dieses neuen Nichtangriffspaktes der Sowjetunion als einen Beweis der beharrlichen Friedenspolitik ihres sozialistischen Vaterlandes, die im Interesse der Werttätigen der ganzen Welt liegt.

Moskau, 27. November. Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion hat den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Polen, der am 25. Juli 1932 in Moskau unterzeichnet worden war, und die Schlichtungskonvention, die am 28. November 1932 unterzeichnet worden war, ratifiziert.

Vormarsch der chinesischen Roten Armee

Grauenvoller Terror der Kuomintang-Senker gegen die Arbeiterschaft

Peiping, 27. November. „United Press“ meldet, daß der Gouverneur der Schansi-Provinz von Tschangtschaisch militärische Verstärkung gegen die Vierte Chinesische Rote Armee anfordert, die in einer Stärke von 35 000 Mann, unterstützt durch die gesamte werktätige Bevölkerung, die Grenzen der Provinz erreicht hat und sich auf dem Vormarsch befindet.

Gleichzeitig werden neue Blutaten der Kuomintang-Senker gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern gemeldet. In Peiping wurden zahlreiche Arbeiter standrechtlich ermordet, weil sie im Verdacht standen, Kommunisten zu sein. Durch die Erfolge der Revolution in Schreden versetzt, wütet die Kuomintang-Elite mit unerhörter Grausamkeit gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern, während sie gleichzeitig das Volk den Imperialisten ausliefert.

Charbin, 27. November. In dem Eisenbahnknotenpunkt Charbin kam es zu großen Demonstrationen entlassener Eisenbahnangestellte vor dem Gebäude der ostmandschurischen Eisenbahn, die unter japanischer Verwaltung steht. Die Eisenbahner verlangten die Bezahlung ihrer Pension. Die japanischen Behörden boten Polizei, Kavallerie und Tanks auf, um gegen die demonstrierenden Eisenbahner vorzugehen.

A. Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Fortsetzung.

Den Glorienschein einer revolutionären Stadt bekam Odessa im Jahre 1905 nicht durch seine eigenen revolutionären Kräfte, sondern durch die zufällige Anwesenheit des meuternden Panzerkreuzers „Patjomkin“. Es ist bekannt, daß die revolutionären Organisationen Odessas nicht genügend stark waren, diesen mächtigen revolutionären Verbündeten rechtzeitig zur Eroberung Odessas, zur Organisierung eines Aufstandes der gesamten Schwarzmeer-Flotte, zur Befreiung des ganzen Ufergebietes des Schwarzen Meeres und zur Ausrufung einer südrussischen demokratischen Republik auszunützen.

Die Resolution des 3. Kongresses unserer Partei über die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand wurde im Mai 1905 angenommen.

Daß sie zeitgemäß war, bewies sich bereits im Juni sogar bei den rechten menschwewistischen Organisationen, wie es die Sjewastopoljer war, noch mehr aber bei den Matrosen der Schwarzmeer-Flotte. Wenn wir die außerordentlich günstigen Bedingungen der damals schon an die Tür pochenden Revolution und die Möglichkeiten, die die Menschewiken in Sjewastopolj hatten, betrachten, so wird uns die verräterische Rolle klar, die die Menschewiken im Jahre 1905 spielten, als die Geschichte ihnen eine Gelegenheit bewußt nicht auszunützen wollten.

Das Buch des Menschewikführer Martow (Geschichte der SEDW, S. 114), beweist, daß sie 1905 die Initiative zum allgemeinen Angriff gegen die Regierung gar nicht ergreifen wollten und keinesfalls die Machtübernahme anstrebten, trotzdem der Aufbruch der revolutionären Bewegung im Kaukasus, in Grusien, Sjewastopolj, in der Schwarzmeer-Flotte und damit auch Odessa ihnen die volle Möglichkeit bot, die Revolution in Südrussland siegreich durchzuführen.

Kommunistischer Wahlerfolg in Belgien

Kommunistische Stimmzahl mehr als verdreifacht — Weitere Radikalisierung der belgischen Arbeiterschaft im Zeichen der Verschärfung der Wirtschaftskrise

Brüssel, 27. November. Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zur belgischen Kammer haben einen großen Erfolg der Kommunisten gebracht. Obwohl infolge des außerordentlich komplizierten Berechnungssystems in Belgien die Stimmzahlen der Parteien bis zur Stunde noch nicht vollständig vorliegen, so kann doch jetzt bereits gesagt werden, daß die kommunistischen Stimmen sich gegenüber 1929 mehr als verdreifacht haben. Die Verteilung der Mandate dürfte nach bisherigen Schätzungen etwa folgendermaßen aussehen (in Klammern die Zahlen von 1929): Kommunisten 3 (1), Sozialdemokraten 73 (70), Katholiken 80 (76), Liberale 23 (28), flämische Nationalisten 8 (10).

Die kommunistische Partei hat besonders in den ausgesprochenen Arbeiterbezirken von Vütich, Charleroi und Gent stark zugenommen. Aber auch in dem von Deutschland abgetrennten Gebiet Eupen-Malmédy haben die Kommunisten große Erfolge zu verzeichnen, wenn sie auch in diesem fländischen Gebiet zahlenmäßig nicht so stark sind. Die Kommunisten haben in Eupen-Malmédy ihre Stimmen von 73 im Jahre 1929 auf 338 steigern können, während die Sozialdemokraten von 3165 auf 2886 zurückgegangen sind.

Die belgischen Kammerwahlen standen im Zeichen der Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Radikalisierung der Arbeiterschaft. Unter den Schlägen des belgischen Bergarbeiterstreiks und im Zeichen der wachsenden Schwermüdigkeit der belgischen Bourgeoisie, einen Ausweg aus der Krise zu finden, wurde die belgische Kammer durch die katholische Regierung Broqueville aufgelöst, nachdem vorher das Kabinett Rentin gestürzt worden

war. Die Auflösung der Kammer war zugleich ein taktischer Schachzug der Bourgeoisie, die mit Hilfe der Wahlen ihren Raubzug gegen die Arbeiterschaft durchführen will. Die Sozialdemokratie, die den großen Bergarbeiterstreik erdolcht hat und die Kumpels den Lohnräubern auslieferte, entfaltete alle Mittel der Demagogie, um von ihrem Verrat abzulenken. Es ist zum Beispiel bezeichnend, daß sie sich gegen die Politik der Regierung wandte, während sie in Wirklichkeit selbst die Kontingenterung der Kohleneinfuhr gefordert hat. Die „Königliche Zeitung“ konnte mit Recht schreiben, daß es in keiner belgischen Partei soviel Illusionäre gebe, wie in der Sozialdemokratischen Partei Belgiens. Es gelang jedoch der Sozialdemokratie, unter der Arbeiterschaft erneut durch ihre demagogische Scheinopposition Illusionen zu erwecken und neue Stimmen zu gewinnen.

Die kommunistische Partei führte den Wahlkampf im Zeichen des außerparlamentarischen Kampfes für die Tagesforderungen der Arbeiter, des Kampfes gegen jeden Lohnraub, gegen die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Die kommunistische Partei rief die Arbeiter zum Kampf gegen den räuberischen Vertrag von Versailles, für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des flämischen Volkes, der Bevölkerung von Eupen-Malmédy, der Völker des Kongo und für das enge Kampfbündnis mit dem Proletariat Deutschlands und Frankreichs. Die kommunistische Partei macht den Arbeitern keine Versprechungen, sondern ergreift: „Um diese Forderungen durchzusetzen, kämpft mit der kommunistischen Partei, formiert überall in den Betrieben und auf den Arbeitsbörsen eure kämpfende Einheitsfront!“

Hungermarsch in USA

Schwere Kämpfe zwischen Arbeitslosen und Polizei in Minneapolis

New York, 27. November. Der Hungermarsch der Arbeitslosen auf Washington hat sich in allen Staaten der USA in Bewegung gesetzt. Viele Tausende von Arbeitslosen zogen auf den Landstraßen unter Mitführung von roten Fahnen und revolutionären Transparenten, überall von den Arbeitslosen und der werktätigen Bevölkerung stürmisch begrüßt und bewirbt. Überall schloßen sich hunderte von Arbeitslosen dem Hungermarsch an. In mehreren Städten kam es bereits zu schweren Zusammenstößen zwischen den Arbeitslosen und der Polizei.

Als der Hungermarsch in Minneapolis eintraf, wurde eine große Arbeitslosendemonstration organisiert, an der sich mehr als 5000 Arbeitslose beteiligten. Die Polizei ritt wütende Attacken gegen die Demonstration, die Demonstranten setzten sich entschlossen zur Wehr. 12 Polizeibeamte und zahlreiche Arbeiter wurden verletzt, 18 Arbeiter verhaftet.

Auch in Cleveland fand eine große Arbeitslosendemonstration statt. Der Bürgermeister ließ den Erwerbslosenausflug verhaften. Ein Angriff der Polizei auf die Demonstranten wurde von den Arbeitern zurückgeschlagen.

In Boston erzwang eine Demonstration von vielen Tausenden Arbeitslosen die unentgeltliche Verteilung von Kohlen und die Ueberlassung der städtischen Versammlungsräume an die Arbeitslosen. In Milwaukee demonstrieren 4000, in St. Paul 1000 und in Baltimore 2000 Arbeitslose.

In Chicago fand eine Massendemonstration der ehemaligen Kriegsteilnehmer statt, unter deren Druck die Gemeindevverwaltung zusagte, die Teilnehmer am Hungermarsch der Kriegsteilnehmer zu verpflegen und zu beherbergen.

Arbeitslosendemonstration in Budapest

Budapest, 27. November. Trotz des unerhörten Polizeiterrors in der Hauptstadt des kaisersüßlichen Ungarns, fand gestern vor der Staatlichen Arbeitsvermittlungsstelle im 8. Bezirk eine große Arbeitslosendemonstration statt. Die Arbeitslosen zogen unter Losungen für ihre Tagesforderungen zur Rákóczi-Strasse, wo die Regierungsgebäude liegen. Dort stellte sich ihnen ein größeres Polizeiaufgebot entgegen, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam. Ein Arbeiter mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden; fünf Demonstranten wurden verhaftet.

Bewaffnete Bauernaufstände in Indien

Bombay, 27. November. Im indischen Staate Mwar regt vor einigen Tagen bereits ein bewaffneter Bauernaufstand gegen den Maharadscha von Mwar ausgebrochen. Der Aufstand richtet sich in erster Linie gegen die Eintreibung der drückenden Landsteuern. Mohammedanische und Hindu-Bauern kämpfen Seite an Seite gegen die Truppen des Maharadscha, der sich an den englischen Generalgouverneur von Madhyaputana um Verstärkung durch englische Soldaten gewandt hat. Die Lage ist für die Unterdrückten der indischen Bauern außerordentlich bedrohlich, da der Aufstand fast das ganze Land ergriffen hat und in der Stadt Dhampur schwere Kämpfe toben, wobei die Bauern die Straßen aufreißen und Barrikaden bauen.

Das Abschwenken fast der ganzen marxistischen Intelligenz nach dem 2. Parteikongreß auf die Seite der Menschewiken — die Geldmittel, über die sie viel reichlicher verfügten als die Bolschewiken, die Ausdehnung ihres Einflusses auf solche Städte, wie Sjewastopolj, das so einen Sprengstoff in sich trug, wie die Matrosen es damals waren: all das hätte den Menschewiken ermöglicht, eine revolutionäre Bewegung im breitesten Umfang zu entwickeln. In Wirklichkeit aber wurde der Aufschwung der Bewegung von den Menschewiken mit Absicht gedämpft, zurückgeschraubt und zunichte gemacht. Das geschah Anfang Juni 1905 in Sjewastopolj und damit im Zusammenhang auch in Odessa.

Die revolutionäre Bewegung der Schwarzmeer-Flotte im Jahre 1905 war Anschauungsunterricht für die Richtigkeit der These Lenins, laut der die treibende Kraft der russischen Revolution nicht die Bourgeoisie sein wird, wie das in der großen französischen Revolution gewesen ist und wie es unsere Menschewiken fälschlich gemeint haben, sondern das Bündnis der Arbeiter und Bauern. Die Besatzung des Panzerkreuzers bestand aus einem Drittel von Arbeitern — meistens Metallarbeitern — und zwei Drittel Bauern. Ebenso wie der Aufenthalt im Ausland, besonders der Aufenthalt in Paris seinerzeit, unter Alexander I., die Offiziere revolutionierend beeinflusste, beeinflussten die langen Seefahrten ins Ausland in noch viel größerem Maße die Matrosen. Das bunte Leben in den freien Ländern Westeuropas erschien ihnen im Vergleich mit dem Leben in Rußland wie ein Märchen. Die Willkür und die Gewalttätigkeit der adligen Offiziere, die faktenmäßige Unterdrückung, der mißglückte Krieg im Fernen Osten, besonders aber die Vernichtung der beiden Geschwader der russischen Kriegslotte, die unter dem Kommando der Admirale Roschdschewskij und Nebogatow standen, der Kampf zwischen dem 14. und 15. Mai 1905, wo in der Nähe der Insel Jusima der japanische Admiral Togo im Laufe einiger Stunden die mit Kohle überlasteten, weiß angestrichenen Kriegsschiffe des Geschwaders Roschdschewskijs, die durch ihre Farbe eine glänzende Zielscheibe für die japanische Artillerie bildeten, zum Sinken brachte und das Geschwader Nebogatows kampflös gefangen nahm, der Untergang von achtaufend russischen Matrosen — all das wirkte sich außerordentlich revolutionierend auf die Matrosen der Schwarzmeer-Flotte aus. Die fortschrittlichen Matrosen hatten nicht die geringste Achtung für die Admirale, die Schiffskommandanten und Offiziere, sie verachteten sie direkt und waren geneigt, in allen von ihnen dieselben Dummköpfe zu sehen, die englische Kücherboote am Ufer Englands für japanische Minen-

leger hielten. Die Stimmung der fortschrittlichen Matrosen übertrug sich stets auf die ganze Matrosenmasse. Die revolutionäre Stimmung der Matrosen brodelte wie Dampf in einem Kessel und suchte einen Ausweg. Die bolschewistische Resolution des 3. Kongresses der Partei über die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand drang trotz allen menschwewistischen Vorstandsmaßregeln unter die Matrosen und die sozialdemokratischen Matrosen beugten sich eifrig zum bewaffneten Aufstand vorzubereiten.

Dabei spielte sich die Sache so ab, daß die Matrosen der Schwarzmeer-Flotte sich die Lösung der Menschewiken aneigneten, organisatorisch aber bei den Menschewiken blieben. Dieser Zustand war übrigens im Jahre 1905 auch in anderen Orten Südrusslands während der Revolution zu beobachten.

Das Sjewastopoljer Komitee, das der revolutionären Stimmung der Matrosen Rechnung tragen mußte, war sogar gezwungen, über den Plan des bewaffneten Aufstandes zu diskutieren, der im Juni 1905, wo das ganze Schwarzmeer-Geschwader im Golf der Insel Tendra manövrierte, zum Ausbruch kommen sollte. Die Menschewiken blieben ihrer Taktik treu, die Initiative in einer so ernstlichen Sache nicht auf sich zu nehmen und, trotzdem die bevollmächtigten Matrosen des „Patjomkin“ in einem Brief an das Sjewastopoljer Komitee bat, gleich in den ersten Tagen der Manöver das Signal zum Aufstand zu geben, setzten sie es in einer Beratung mit dem 3K. des Matrosenrates durch, daß ein Beschluß gefaßt wurde, demzufolge der Aufstand bis zur Beendigung der Manöver im Golf der Insel Tendra aufgeschoben und der dortige Aufenthalt der Flotte für verstärkte Propaganda ausgenützt werden müsse.

Die Vorbereitung des Aufstandes der Schwarzmeer-Flotte hätte aber auch die Vorbereitung der Befreiung des ganzen Schwarzmeer-Ufergebietes hervorgerufen. Odessa und der Kaukasus — in Grusien hatten die Bauern die Macht in den Dörfern tatsächlich schon in die Hand genommen — hätten sich selbstverständlich dieser Aktion anschließen müssen. Wäre es also den Sjewastopoljer Menschewiken ernstlich daran gelegen gewesen, nach Beendigung der Manöver vor Tendra den Aufstand durchzuführen, so hätten sie doch zumindest ihre menschwewistischen Organisationen in Odessa und den anderen Hafenstädten des Schwarzmeeres alarmieren müssen, da doch ein siegreicher Aufstand der Schwarzmeer-Flotte die Errichtung einer südrussischen demokratischen Republik bedeutete hätte.



Die Bekömmlichkeit unserer Branntwein- und Getreidekornmarken steht einzig da.

Qualitätsmarken, ab heute noch billiger geworden!

Branntwein-Marken:

- Feiner Breslauer** vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 23%, Ltr.-Fl. **1.40**
- Feiner alter Breslauer** der altberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25%, Ltr.-Fl. **1.50**
- Fache Edelmarke** mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 29%, Ltr.-Fl. **1.70**
- Fache Krem** die führende Qualitätsmarke, rasig, schaltvoll durch Weizenkorn 32%, Ltr.-Fl. **1.90**
- Fache Exquisit** pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 38%, Ltr.-Fl. **2.30**

Getreidekorn - Marken:

- Fache Weizenkorn** der berühmte alte Breslauer Korn unser Stolz 32%, Ltr.-Fl. **2.20**
 - Fache Roggenkorn** sehr fein aromatisch, die Elite-Opinital 32%, Ltr.-Fl. **2.20**
 - Fache Getreidekorn** unsere Standardmarke, etwas ganz Auserlesenes 37%, Ltr.-Fl. **2.60**
 - Jagdkorn** (Doppelkorn), vollaromatisch, rasig, ebenbürtig den führenden Marken des Kontinents 42%, 0.8 Liter im Original = Steinkörnen **2.50**
- Einfacher Branntwein u. Getreidekorn werden von uns nicht hergestellt!**

Jamaika-Rum-Verschnitte:

- Feiner Jamaika-Rum-Verschnitt** ganz hervorragend, 58%, Ltr. lose **2.40**
- $\frac{1}{2}$ Liter Flasche **2.50** $\frac{1}{4}$ Ltr.-Flasche **1.90**
- Feinster Jamaika-Rum Verschnitt** elegant, aromatisch $\frac{1}{4}$ Ltr.-Flasche **2.25**
- Feinster alter Jamaika-Rum-Verschnitt** die vollend. Qualität, $\frac{1}{4}$ Ltr.-Flasche **2.55**
- Feinster alter Edel-Jamaika-Rum-Verschnitt** unsere Standardmarke, ab 5.12. $\frac{1}{4}$ Ltr. **2.95**

Der Berliner Bezirksparteitag der SPD.

Breitscheid rechtfertigt die Streikbruch- und Kapitulationspolitik

Wachsende Rebellion der SPD.-Arbeiter

Es ist alles so gekommen, wie wir es vorauslagten: Im Stillempo wurde der außerordentliche sozialdemokratische Bezirksparteitag in Berlin am Sonntag durchgepeitscht. Breitscheid durfte frech die Streikbruchpolitik der Gewerkschaften beim RWD-Streit verteidigen und ein Ultimatum zur Föderierungspolitik ableiten, und nach einer Anzahl Diskussionsreden wurde um 2 Uhr nachts die Tagung, selbstverständlich ohne auch nur ernstliche Beschlüsse gegen den Parteivorstand gefasst zu haben, nach Hause geschickt.

Und doch brachte der sozialdemokratische Bezirksparteitag ein außerordentlich bedeutungsvolles Moment. Er stand von den Eröffnungsreden ab an bis zu jeder einzelnen Diskussionsrede unter dem Zeichen des kommunistischen Einbruchs in die Sozialdemokratie. In der Diskussion und Debatte lag über der Konferenz, und wenn es es und in leidenschaftlichen Auseinandersetzungen gab, dann waren sie ausschließlich gegen die Politik der Sozialdemokratie gerichtet.

Welch ein Gegensatz zu dem eine Woche vorher stattgefundenen Parteiparteitag der SPD!

Während während die Konferenz mit einem dringenden Appell an die Delegierten, bei aller Schärfe der Kritik doch auch die Liebe zur Partei durchblicken zu lassen, damit der „Rote Fahne“ kein Unheilssymbol geliebt werde. Er sei überzeugt davon, daß die „Rote Fahne“ wieder ihre Berichterstattung im Saal habe, doch sei es ihnen Deuten auf der Tour (mit welchem Erfolg, zeigt dieser Bericht).

Breitscheid, der über die Aufgaben der Sozialdemokratie nach der Streikbruchpolitik referierte, erklärte klipp und klar:

„Die SPD. würde es nur begrüßen, wenn Hitler an die Regierung käme, um seine Unfähigkeit zu beweisen.“

Das waren die ersten Worte Breitschoids und überhaupt der SPD. Denn es ist schon man weiß nicht mehr erst zu berichten, daß die wichtigsten Redner und Wortführer der Hitler-Regierung die SPD. kennen und Breitscheid bestätigte dann, was wir bereits zu wissen in der Lage waren, daß die Machtlosigkeit der Politik beim RWD-Streit und die Einbeziehung der proletarischen Frontkräfte in den Streit unter RWD-Führung den Reichsregimenten von Schleicher außerordentlich stark beeindruckt habe und gewisse militärpolitische Pläne durchkreuzt habe. „Ich halte die Föderierungspolitik nach wie vor für richtig und notwendig, weil es die Befreiung von der Macht fernhält. (Zürmischer Widerbruch, Auf der Torgauer Promenade) Am Parteivorstandstag war meine Meinung nach die Haltung der Gewerkschaftsaktionen durchaus korrekt.“

Es auch an dieser Stelle laute Protestrufe einlegten, glaubte

Breitscheid der Opposition entgegenkommen zu sollen durch die Erklärung: „Wir dürfen uns aber nicht noch einmal so überraschen lassen.“ Soll heißen: Abwürgen, ja — aber geschickter abwürgen.

Im Namen des Hauptvorstandes erklärte in einem Augenblick, wo die Schleicher-Taktik über Deutschland aufzuziehen droht, Breitscheid den Kommunismus als Hauptfeind der Sozialdemokratie: „Unsere Hauptaufgabe ist, den Kommunisten das gewonnene Terrain wieder abzurufen. Wir müssen den Ernst der Situation erkennen. Unser Verlust vom 6. November, der den Kommunisten zugute kam, wird nicht dadurch beiseite geschoben, daß es „noch schlimmer kommen konnte“. Das ist kein Trost, unser Verlust ist schlimm genug. Wir müssen die Verbrechen der Kommunisten aufzeigen und ihre heuchlerischen Einheitsmandate ablehnen. Es ist erschreckend, daß die Kommunisten bis auf wenige Mandate an uns herangerückt sind.“

Der Breitscheid nennt „heuchlerische Einheitsmandate“, wenn die Kommunisten den sozialdemokratischen Arbeitern vorschlagen, gemeinsam gegen den Lohnabbau und Mietwucher, gemeinsam für Winterbeihilfe an die Erwerbslosen zu kämpfen.

Die Debatte zeigte die Erregung der Delegierten, die übereinstimmend betonten, daß nur die Politik der Partei am Wahlausgang schuld sei.

Laehn-Rede: Die Massen sind wohl eine Zeitlang irreführen, aber nicht zu bestechen. Sie fordern eine sozialistische Tagespolitik und geben der Partei ihre Stimme, die sie durchführt.

Brendel-Rede: Schon unsere Haltung in der Panzerstreikfrage und das förgiebeliche Vorgehen am 1. Mai 1929 sind an unserem Rückgang schuld. Und dann kam noch der 20. Juli und die Haltung des „Vorwärts“ beim Verkehrsarbeiterstreit, sie hat besonders großen Schaden angerichtet.

Emil Barth: Von Demokratie kann man in den 14 Jahren seit der Revolution wohl nicht reden. Unsere Reaktions- und Föderierungspolitik ist zu 100 Prozent erfolglos gewesen. Als wir die Macht hatten, haben wir nicht sozialisiert. Heute, wo wir keine Macht besitzen, denken wir an Sozialisierung.

Besser als Barth hier die Vertragspolitik der Sozialdemokratie entlarvt, kann es kein kommunistischer Kommentar.

Mehrfach durch Zwischeneure und Diskussionsredner angezapft, hält Stammier es nun für nötig, eine Verteidigungsrede für den „Vorwärts“ zu halten. Er wird gleich bei seinem Erscheinen am Rednerpult mit Protestrufen empfangen und kann sich nur mühsam durchziehen. Das seiner leuchtendsten Rede interessiert nur der Satz, daß die geübte Streikbruch-Haltung des „Vorwärts“ im Einverständnis sowohl mit den Gewerkschaften als auch der Partei erfolgt sei. Hoch verdammte die Politik des „Vorwärts“ und der Gewerks-

chaftsführung und erklärt, daß die RWD-Arbeiter, als sie in den Streit traten, durchaus im Rechte waren. Im gleichen Sinne spricht Hannemann, und Lindenstein erklärt: „Einige Parteigenossen die meinen, durch demokratische bürgerliche Einrichtungen in den Staat hineinzumachen, sind äußerst unangenehm aufgemacht.“

Breitscheid war durch die Diskussion derart aufgebracht, daß er zu Beginn seines Schlußwortes wütend erklärte, Selbstkritik dürfe doch nicht zum Selbstmord werden. Im übrigen mußte er zugeben, daß die Reichsbannerleitung tatsächlich bei den Kuratoriumsplanen der RWD-Regierung mitmacht, daß also Führer der SPD. tatsächlich mit den Schleicher-Institutionen patieren.

Am Schluß des Parteitag wurde eine Resolution angenommen, die angeht der Verschlagung der Demokratie und Ausschaltung des Parlaments darauf hinweist, daß die Arbeiterchaft „zu verklärter Aktivität auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Kampfes“ gezwungen sei. Und das, während noch die SPD. alles Neukerungen dieser Aktivität zu brechen versucht.

Die oppositionellen SPD.-Arbeiter aber seien daran gemahnt, daß die SPD.-Arbeiter zusammen mit ihren kommunistischen Klassen-genossen dazu berufen sind, Taten zu vollbringen. Am Eingang der SPD.-Konferenz hatte die Bezirksleitung der SPD. Berlin-Brandenburg in einem an die Delegierten verteilten Aufruf, der der Sehnsucht nach der proletarischen Einheitsfront hinzelnden Ausdruck gab, konkret umrissen, auf welchen Gebieten und für welche Ziele sofort die gemeinsame Kampffront geschlossen werden kann und muß. Daß Künstler, Stämper und Breitscheid darauf nur mit halbgelapten Antworten antworten würden, darauf waren wir gefaßt. Aber wir warten darauf, daß die rebellischen SPD.-Arbeiter in noch größerer Masse als bisher in unsere Hand einschlagen und gegen das Bündnis ihrer Führer mit der Bourgeoisie das Kampfbündnis der Proletariat für den Sieg des Sozialismus schließen.

Es geht um die Sturmflagge der „Kämpferin“

Die Frauen-Abteilung der SPD. teilt mit: „... In einer Frauenversammlung des Stadtteils Breslau-Nord wurden mit Begeisterung 40 Stück „Kämpferinnen“ umgefaßt. Die Genossinnen beschloßen daraufhin sofort das Soll für ihren Wettbewerb auf 45 Stück pro Nummer zu erhöhen...“ Welche Zelle macht das nach? Berichtet uns sofort darüber und sendet Bestellungen ein an Karl Beder, Buch- und Zeitungsvertrieb, Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 59.

Bettfedern - Inletts
Muster-Reinigungs-Anlage
Tel. 40415 - Autodiensnt gratis
Bettenhaus HERZIG
Breslau X, Am Waterloo.

Weihnachtsbäume
5 Waggon prima nur gut gewachsene Fichten, Weihnachtsbäume billigst abzugeben
A. Zippel, Mühlbock, Post Tiefenfurt, Tel. 27
Achtung Genossen!
Kauft bei unseren Inserenten!

Redegewandte Vertreter (innen)
(Arbeitslose) zum Besuch von Viehhaltern **Gesucht**. Provision wird sofort ausgezahlt
Offerte Düsseldorf, Postschleibach 566.

Spezialhaus für Bastler
Bastlerquelle
Spezialität **Sperrplatten Laubsägeholz** und alles was der Bastler braucht
Brüderstraße 81
Telephon 57494
Friedr.-Wilh.-Str. 82
LIEGNITZ, Burgstr. 19

B Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Schlesien

Othlau
Motorräder - Fahrräder
Reparatur-Werkstatt
sowie alle Ersatzteile 9656
Adalbert Ettel, Ring Nr. 14

Breslau-Zentrum
Radio Lautsprecher-Anlagen
Sämtliche Einzelteile
Nikolaistraße 13 **Posener**
30349

Die Hausfrau, die **nur mit Gas** kocht, bäckt und bügelt spart viel Zeit und Geld
Kauf u. Gasapparate-Ausstellung im Gaswerk Othlau 9652

Steinau a.O.
Schuhhaus Nowak Verkehrslokal der Werkstätten
Guthaus 30282
„Zum Kronprinzen“
Reserviert N.
30284

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Eliase Molde, August-Feige-Str. 4
9537

Bernstadt
Reserviert
9734

Brot- und Feinbäckerei 9538
Richard Gebhardt Oderstr. 48

Deisterwitz
Kauft bei **Klaus**
denn er ist billig und gut

Alle Lebensmittel bei **E. Ulbrich Nachf.**
9539 Oderstraße 44

Die sparsame Hausfrau kauft ihren Bedarf an Lebensmittel und Wirtschafts-Artikeln bei **Hans Korn, Quellstraße 37**
3005

Fraustadt
Central-Kaufhaus
Große Auswahl! Niedrigste Preise
Zweckelmerstraße 9/11
30418

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flughlätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Massenanlagen in Flexo- und Rotationsdruck preiswert
FORTSCHRITT AG. FILIALE BRESLAU
Trobeltzer Str. 50
Telephon 48455

hell und dunkel
Bockbier
hochprozentiges Starkbier
Ausstoß beginnt Donnerstag, 1. Dezember 1932
Schlesische Engelhardt-Brauerei, Aktiengesellschaft
Gorkauer Sozietäts-Brauerei, Aktiengesellschaft
Lagerbier-Brauerei E. Haase, G. m. b. H., Breslau
A. Haselbach, Brauerei, G. m. b. H., Namslau
C. Kipke, Brauerei, Aktiengesellschaft, Breslau
Brauerei zum Nußbaum, G. m. b. H., Breslau
Brauerei Sacrau, G. m. b. H., Sacrau
Schultheiß-Patzenhofer, Brauerei, Aktiengesellschaft